

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5500 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 5000 000 M. Bei Postbezug
monatlich 5512 000 M. Unter Streifz. in Polen monatlich 9 000 000 M. Danzig 2,5 Gold.
Bei sch. 2,5 M. Einzelnummer 300000 M. Sonntags u. Feiertags 350 000 M.
Bei höherer Ger. alt. Betriebssteuer, Arbeitsteuerabrechnung ob. Ausperrung hat der
Betreiber keinen Anspruch auf Rückstieg, der Zeitg. ob. Rückzahl. des Bezugspreises.
Kurier Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 20 mm breite Kolonialsäule 150 000 Mark, die 20 mm
breite Nellamezzaline 750 000 M. Danzig 10 h. 50 Pf. Pf.
Deutschland 10 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100 %. Aufschlag. — Bei Plat-
vorschift und schwierigen Sätzen 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offsetdruck 500 000 M. — Für das Erstellen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitkonten: Stettin 1847, Breslau 202157.

Nr. 32.

Bromberg, Freitag den 8. Februar 1924.

48. Jahrg.

Zur Lage der westpolnischen Landwirtschaft.

Von Dr. E. Feige.

Es ist durchaus kein Kunststück, der polnischen — insbesondere der westpolnischen — Landwirtschaft schwierige Seiten zu prophezeien, zumal wir jetzt den deutschen Vorgang vor Augen haben. Etwa schwieriger ist es schon, diesen oft gehörten Satz so zu beweisen, daß sich daraus Schlüsse und — wenn möglich — Rücksicht für die Zukunft ergeben. Zwar lassen sich wirtschaftliche oder geschäftliche Entwicklungstendenzen schwer umbiegen, bevor sie ihren Lauf vollendet haben. Das kann aber nicht hindern, Auffassungsmöglichkeiten zu suchen, dadurch gewinnt jedes Dasein erst seinen Lebenswert.

Polen war seit jeher eins der Versorgungsgebiete Europas, was Nahrungsmitte auslängt. Diese Rolle konnte es nur mit Hilfe seiner außerordentlich genügenden Bevölkerung und seiner im Verhältnis zu ihr großen Landflächen spielen. Es hat auch nie auf dem Markt der hochwertigen Luxusgenussmittel und Edelgewächse eine erhebliche Rolle gespielt. Daraus ergibt sich schon eine bedeutsame Folgerung: Die Stellung Polens als Ausfuhrland agrarischer Produkte ist von billiger Preisstellung abhängig. Dazu kommt aber noch etwas. Der polnische Staat bzw. die polnischen Gebiete haben es nie zu seiner Geltung im Welthandel gebracht; ein kapitalstreuender Handel im westeuropäischen Sinne hat sich nicht gebildet, der Traum eines Seeweges und einer Handelsflotte ist auch gegenwärtig nicht zur Wirklichkeit geworden. Somit ist der ganze polnische Getreidehandel, den einst der polnische Adel in der Hand hatte, von ausländischem Kapital abhängig. Dies ist eine der schwächsten Seiten der polnischen Wirtschaftsverfassung, und schon vor etwa 150 Jahren hat der weise alte Abbot Gallant in seinen Dialogen über die Getreidehandelspolitik, welche nicht nur ihrer entzückenden Form halber noch heute größte Beachtung verdienten, mit deutlichem Bezug auch auf Polen hierauf hingewiesen. Nicht mit Unrecht nennt er den reinen Agrarstaat eine Nation von Spiefern wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit, welche ihm naturnotwendig anhaftet.

Polen ist nun allerdings kein reiner Agrarstaat mehr, aber immer noch in seinem überwiegenden Teile. Von seiner Bevölkerung sind annähernd zwei Drittel in der Landwirtschaft tätig, das übrige Drittel ist in einem guten Teile ebenfalls unmittelbar von der landwirtschaftlichen Bevölkerung abhängig, so daß man im entsprechenden Sinne Polen mit Recht als Agrarstaat bezeichnen kann. Auch wenn man die Bevölkerungsdichte ins Auge sieht, wird dieser Umstand klar ersichtlich. Ein Gebiet von annähernd 400 000 Quadratkilometern enthält nur etwa 30 000 000 Einwohner; rechnet man die dichter bevölkerten Westgebiete Polens und vor allen Dingen Schlesiens gesondert, so wird das Bild noch ungünstiger.

Nach der amtlichen Schätzung betrug die polnische Getreideernte von 1923, dem günstigen Erntejahr, rund

1 400 000 t Weizen
6 500 000 t Roggen
1 750 000 t Gerste
8 750 000 t Hafer

Neben Kartoffeln und Brot stellen diese Früchte das Hauptausfuhrkonsortium der polnischen Landwirtschaft und dienen ihr zur Kapitalbildung. Viel stärker als in den westeuropäischen Ländern stehen in Polen Volkswirtschaft und Privatwirtschaft im Gegenzug; nur in günstigen Fällen treffen sich die beiden seitigen Interessen.

Die vom Staate betreute Volkswirtschaft hat ein Interesse daran, möglichst viel Kapitalwerte im Tausche gegen entbehrliche Waren ins Ausland zu bringen. Der Privatwirtschaft ist es gleichgültig, in welchen Kreisen sie ihre Abnehmer findet. Der Landwirt wird versuchen, seine eigenen Produkte so teuer wie möglich zu verkaufen und die benötigten Industrieprodukte billigst einzukaufen, während die Industrie ihrerseits denselben Weg in anderer Richtung einschlägt. Die Staatspolitik steht nur vor der schwierigen Aufgabe der Entscheidung, welchem Verfassungsweg sie das Übergewicht in dieser Beziehung geben soll. Polen hat sich bisher zur Hebung seiner pflegebedürftigen Industrie entschlossen, indem es die Einfuhr fremder Lebensmittel unbehindert zugelassen, die Ausfuhr der eigenen Agrarprodukte erschwert bzw. mit Abgaben belastet hat und andererseits die Einfuhr von Industrieprodukten mit Zöllen belegte.

Es fragt sich nun, welcher der beiden Gewerbezweige dem Lande höhere Einnahmequellen verschaffen kann. Eine exakte Statistik läßt sich hierüber noch nicht aufstellen, weil die Kriegsfolgen bisher noch nicht ganz überwunden sind. Weder geben die Einfuhrzahlen ein richtiges Bild wegen des allgemeinen Warenhunders und der das Normale übersteigenden Eindeckung durch Handel und Konsum, noch sind die Ausfuhrzahlen untrüglich, weil die Landwirtschaft noch nicht ihre alte Produktionskraft gewonnen hat. Viel wichtiger ist aber noch der Umstand, daß in den vergangenen Jahren der Weltverkehr sich noch nicht normal eingestellt hat. Die beiden wichtigsten Wirtschaftsnachbarn Polens, Deutschland und Russland, einerseits und die Geldentwertung andererseits haben Bedingungen geschaffen, welche das normale Wirtschaftsbild völlig verzerrten. Durch die Geldentwertung wurde ein Abschluß von dem sogen. Weltmarkt herbeigeführt, der noch durch die bekannten Verkehrs- und Produktionsstörungen verstärkt wurde.

Die polnische Landwirtschaft befand sich — ebenso wie die deutsche — eine Zeitlang handelstechnisch in einer sehr guten Lage. Freilich wurde sie durch den Produktionsrückgang empfindlich gestört. Mit der Wiederherstellung der Produktionsgrundlagen steht aber die Einigung des Absatzgebietes oder, was in den Wirkungen dasselbe ist, eine effektive Preissenkung ein. Die russische Konkurrenz macht sich hinsichtlich des Roggens auf den Hauptmärkten schon unangenehm bemerkbar, für Weizen ist Amerika eine starke Konkurrenz, Hafer, Gerste und Brot sind wieder russische und — wie der Roggen — deutsche Exportartikel. Man darf nicht vergessen, daß vor dem Kriege Deutschland Roggen exportierte, also nicht unbedingt auf die polnische Einfuhr angewiesen ist. Die gegenwärtigen Produktpreise in Polen sind auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, wenn man die Frachtkosten noch berücksichtigt. Im Dezember 1923 kosteten an der Getreidebörsen

zu Posen durchschnittlich der Roggen 1,87, der Weizen 3,26, Gerste 1,87 und Hafer 1,92 Dollar für 100 kg. Das Bild hat sich aber schon wesentlich verschoben, denn Ende Januar 1924 kostete in Posen der Roggen 2,8 Dollar, in Berlin 3,14 Dollar für 100 kg. Weizen in Posen 4 Dollar, in Berlin 3,44 Dollar für 100 kg. Günstiger war zu gleicher Zeit für Polen die Preisspanne bei Braunerste, welche 2 Dollar gegen 4 in Berlin kostete, während die Haferpreise ungefähr gleich waren.

Die polnische Regierung hat lange Zeit hindurch und auch jetzt noch eine sehr kurzsichtige Handelspolitik betrieben, indem sie die günstige Gelegenheit vorübersehen ließ, als der deutsche Markt fast unbeschränkt aufnahmefähig war. Durch rücksichtlose Ausnutzung der Konjunktur hätte sie erhebliche Geldmittel heranziehen und den Staat finanziell kräftigen können. Jetzt im Zeichen der sinkenden Konjunktur leidet man, aber nur im Verbindung mit der zur Finanzierung erhobenen Vermögenssteuer, eine drohende Ausfuhraktion ein, welche auf einigermaßen gefüllte Märkte stößt und in ihren Erträgen unter den vorher gerechneten Möglichkeiten zurückbleiben muß. Das Massenangebot der größtenteils in Form von Getreide erhobenen landw. Vermögenssteuer wird zu einer neuen Preislenkung führen, schwächt gleichzeitig aber auch die Betriebsmittel der Landwirtschaft.

Hier liegt eines der gefährlichsten Momente der ganzen Sanierung: Kapitalverarmung, sinkende Preise und eingeschränkter Düngerverbrauch auf der einen Seite, Abhängigkeit von ausländischen Dünger- und Maschinenindustrie auf der anderen Seite. Die polnische Landwirtschaft ist auf den Export unbedingt angewiesen, denn der eigene Markt ist in normalen Erntejahren nicht aufnahmefähig genug. Durch die oben erwähnte Abhängigkeit vom fremden Handel gestaltet sich aber die Lage sehr schwierig, da er — wie schon erwähnt — von Polen nicht mehr abhängig ist. Man spielt in landwirtschaftlichen Kreisen nur zu unberechtigt (leider) mit der Möglichkeit eines Erreichens der alten deutschen Preise der Vorkriegszeit, wenigstens was Posen und Bremen anlangt. Es wird dabei nur unberücksichtigt gelassen, daß die ehemals deutschen Gebiete in einem überwiegenden Industrielande lagen und durch Zölle geschützt waren. Das ist heute nicht mehr der Fall; man kann auch für Westpolen nicht mehr die Erzielung der Vorkriegspreise Deutschlands, sondern höchstens Kongresspolens erwarten. Für die ostpolnische Landwirtschaft mit ihrer geringeren Intensität wird das keine große Rolle spielen, wohl aber für die west- und südwestpolnische. Tatsächlich haben auch Vertreter der östlichen Landwirtschaft bereits die Forderung nach Einfuhrverbote erhoben.

Die Kapitalarmut ist eine der schwächsten Seiten der Landwirtschaft, nicht nur Polens. Von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen, hält der landwirtschaftliche Betrieb in dieser Beziehung mit keinem Handels- oder Industrieamt einen Vergleich aus. Eine einzige Miserie oder eine längere Zeit des Überangebots bringt den landwirtschaftlichen Betrieb in grobe Verschuldung oder Zahlungsschwierigkeiten. Diese Gefahr ist in den ohnehin kapitalarmen Agrarländern besonders groß, weil auch in ungünstigen Erntejahren sich angesichts der fremden Konkurrenz kaum eine Neigung zum Ausgleich einer durch Preistreibungen eingestellten wird. Polen ist kein Land der Spezialkulturen; alle seine landwirtschaftlichen Gewohnheiten werden auch anderwärts, und zwar in größerer Menge, erzeugt. Die Bißhaut kann höchstens in den verkehrsgünstig gelegenen Gebieten einen Ausgleich bieten. Dazu kommt noch die fortwährend kritische Lage der Industrie. Der Arbeiter ist an sich der beste Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte, aber nur solange, als sein Einkommen verhältnismäßig hoch gehalten werden kann. Mit dem Sinken seines Geldbeutels wendet er sich sofort möglichst billigen Ernährungsmitteln zu, wie sie in Form von amerikanischem Schmalz und ausländischer Margarine (ausländisch wenigstens den Rohstoffen nach) geboten werden.

Unter den obwaltenden Verhältnissen wird sich eine Angleichung der westpolnischen Agrarverhältnisse an die ostpolnischen auf die Dauer kaum verhindern lassen, wenn man von den erstklassigen Absatzgebieten in der Nähe der größeren Städte absieht. Diese Entwicklung muß sich aus technischen Gründen schon deswegen einstellen, weil der Entnahmeverbrauch aus dem Boden durch Ausfuhr usw. je länger, desto weniger gleichwertige Düngerzufuhren gegenüberstehen und weil ein Ausgleich durch Produktionsverbilligung mit Hilfe neuzeitlicher Technik, Anwendung der Elektrizität usw. kaum noch im Bereich der Möglichkeit liegt. Nur ein erhöhter Kapitalaufwand sowohl in privat- wie in volkswirtschaftlicher Hinsicht kann, so paradox es klingen mag, die unheilsamen Zölle sinkende Einnahmen wieder steigern. Die gefährdete Stellung der westpolnischen Landwirtschaft in der Zukunft beruht nicht nur auf den Tücken des "Weltmarktpreises", sondern ist auch ein eminent kapitalistisches und technisches Problem.

Zaghul Pascha und Gandhi. Englische Politik in Ägypten und Indien.

Am 28. Januar meldete Reuter aus Cairo: Zaghul Pascha hat den Posten eines Ministerpräsidenten für Ägypten angenommen.

Am 5. Februar meldet Reuter aus Bombay: Die britisch-indische Regierung hat die Freilassung des nationalistischen Führers Gandhi angeordnet.

In beiden Meldungen kommt eine völlige Umkehr der englischen Kolonialpolitik in Ägypten und Indien zum Ausdruck.

Das ist eines der märchenhaften Ereignisse unserer Zeit — schreibt der Berliner "Bund". Zaghul der Sieger! Ein einziger hinfälliger, schier tollkrauter Greis Sieger über die gewaltigste Weltmacht. Nun, da er schon das achte Jahrzehnt seines Lebens auf den Schultern trägt, tritt Zaghul Pascha aus Acht und Dann heraus als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung eines neuen freien Ägyptens.

Mark und Dollar am 7. Februar

(Vorberichtlicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar — 9 125 000 p. M.
1 Dollar — 4,2 Billionen d. M.
1 Million p. M. — 0,65 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar — 9 100 000 p. M.
1 Danz. Gulden — 1 558 000 p. M.

Zaghul Pascha hat gesiegt. Seine einzige Waffe war das Wort. Niemals hat er anders gekämpft als mit dem Appell an die Gerechtigkeit. Enttäuschungen und Strafen ertrug er, ohne zu murren. Als Verfechter und Verbündeter blieb er der Unbeugsame. Geduldig wartete er seine Zeit ab.

Zaghul hatte den Engländern als Mann ihres Vertrauens gegolten und war von ihnen mehrmals zum Minister gemacht worden. Knapp vor Beginn des Weltkrieges ernannte man ihn zum Bizepräsidenten des Gesetzgebenden Rates, der für Ägypten eine Verfassung schaffen sollte. Da brach der große Krieg aus, der Gesetzgebende Rat wurde aufgelöst, die Verfassungsfrage ausgeschaltet. Die Nationalisten, denen man schon weit entgegenkommen war, schienen gelähmt.

Da trat der greise Zaghul an ihre Spitze und organisierte die Agitation. Nach dem Kriegsende ging er als Oberhaupt eines Bündes von Delegierten der Nationalpartei, nach Paris, um während der Friedensverhandlungen die nationalen Interessen zu vertreten. Er erreichte nichts, kehrte nach Ägypten zurück und wagte es, hier selbst für die Aufhebung der englischen Okkupation zu wirken. Jetzt wurde es den Engländern schwierig; eines Tages verhafteten sie Zaghul und deportierten ihn nach Malta. Sie hatten aber damit das Übel nicht zerstört, sondern vermehrt, den Deportierten zum Märtyrer gemacht. Um der Erregung der Ägypter Rechnung zu tragen, ließ man Zaghul frei und gestattete ihm die Rückkehr nach Ägypten. Ruhmgekrönt kehrte er aus der Verbannung heim und er gewann eine solche Macht, daß die englische Presse selbst forderte, die Regierung sollte nur mit ihm unterhandeln. Er allein, so schrieb man, ist der Mann Ägyptens, dessen Wort gilt, der allein für das ägyptische Volk reden und handeln darf, dessen Unterschrift unter einem Vertrag allein diesem Vertrag Kraft verleiht. Man folgte dem Wink der Presse, berief Zaghul Pascha gleichzeitig mit Lord Milner, dem damaligen britischen Diplomaten Ägyptens, nach London und verhandelte mit ihm. Aber er wollte sich nicht mit Halbheiten aufreden geben und kehrte unbehaglich nach Kairo zurück.

England begann nachzugeben, verweigerte nicht mehr die Verfassung, verwandelte den Schattenkönig Ahmed Fuad in einen souveränen König, machte die Hoheit zu einer Majestät. Aber dieser König konnte kein Kabinett bilden, weil jeder sich weigerte, Minister zu werden, wenn Zaghul nicht seine Zustimmung gebe. Und Zaghul erklärte sich von der Neuordnung nicht befriedigt; er verlangte die volle Unabhängigkeit des Landes und des Herrschers. Lord Milner mußte abziehen und Lord Allenby, der Großerzer Jerusalems, kam an seine Stelle. Aber auch er vermochte mit Zaghul nicht fertig zu werden, den trockigen Greis nicht umzustimmen. Er nahm Zaghul gefangen und deportierte ihn wieder, zuerst nach Ceylon, dann nach den Seychellen. Als Zaghul im Verbannungsort früher erkrankte, entschloß man sich in London, den Deportierten nach dem gefürbten Gibraltar zu transportieren, um ihn zu retten. Man besorgte mit Recht, daß der als Märtyrer gestorbene Nationalheld gefährlicher werden könnte als der lebende. Schließlich entließ man Zaghul, als Bonar Law ans Ruder gekommen war, auch aus Gibraltar und gestattete ihm die Heimkehr nach Ägypten.

Und nun ist Friede und Versöhnung geworden zwischen ihm und England, und König Fuad macht ihn zum Premierminister. Es triumphiert das schöne Wort von Victor Hugo, das Mustafa Kemal, der Begründer der ägyptischen Nationalpartei, als Motto auf seinen Briefen angebracht hatte: "Die Wahrheit und die Freiheit haben diese ausgezeichnete Eigenschaft: nicht bloß das, was man für sie, sondern auch das, was man gegen sie tut, nicht ihnen gleicherweise."

Wie Zaghul Pascha in Ägypten, so ist Gandhi in Britisch-Indien die Persönlichkeit, um die sich die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationalisten scharen. England hat in beiden Fällen geglaubt, durch Inhaftierung der Führer die Bewegung zur Wiedererlangung der nationalen Selbstbestimmung niederzuschlagen. Aber gerade das Gegen teil wurde erreicht. Die Bewegungen schwollen von Jahr zu Jahr mehr an und rüttelten an Großbritanniens Kolonialbesitz. So änderte das Foreign Office seine Taktik. Zunächst wurde Zaghul, der in Gibraltar interniert war, freigelassen und durfte nach seiner Heimat zurückkehren. Die Wahlen in Ägypten hoben ihn mit überwältigender Mehrheit auf den Schild, so daß der König ihn mit der Bildung des neuen Ministeriums betraute.

Bedrohlicher noch spitzten sich die Verhältnisse in Indien an, wo die letzten Wahlen den Anhängern Gandhis, den Swarajisten, in den zentralen Provinzen eine klare Mehrheit, in den andern Körperschaften eine starke Regierungskoalition einbrachten. Die von den Swarajisten durchgeholtene Nonkooperation in den Parlamenten droht die ganze Regierungsmaschine stillzulegen. Dazu kam, daß Mahomed Ali auf dem Swaraj-Kongreß Anfang Januar in Concanada erklärte, wenn Gandhi nicht baldigst in Freiheit gesetzt werde, würde in einem Jahr über Indien die Fahne der Republik wehen. So kam der britisch-indische Verwaltung Gandhi's plötzliche Erkrankung sehr gelegen. Er mußte sich einer Operation unterziehen, die glücklich verlief, worauf nun in vorgetäuschter Großmut seine Freilassung verkündet wurde.

Die Liquidation des Vermögens deutscher Frauenvereine.

Interpellation

des Abg. Graeben. Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Finanzminister über die Liquidation des Vermögens der deutschen Frauenvereine und Hilfsvereine deutscher Frauen in den ehemaligen preußischen Gebietsteilen.

In den letzten vier Monaten des Jahres 1923 hat das Liquidationskomitee in Polen den Beschluss gefaßt, die Grundstücke folgender deutscher Frauenorganisationen zu liquidieren:

1. des Deutschen Frauenvereins Posen,
2. des Deutschen Frauenvereins Czarnków,
3. des Deutschen Frauenvereins e. V. Wilkowice,
4. des Deutschen Frauenvereins für den Kreis Samter in Samtow,
5. des Deutschen Frauenvereins Mogilno,
6. des Deutschen Frauenvereins Opalenica,
7. des Deutschen Frauenvereins Ostrowo,
8. des Deutschen Frauenvereins Rynsk, prov. Świecie.

In allen Fällen ist den Vereinen, die größtenteils ihre Namen und Sitzungen im Laufe des Jahres 1919 umgedeutet haben, in dem Liquidationsbeschluß keine Angabe gemacht worden, weshalb die Liquidation erfolgt. Infolgedessen sind die Vereine größtenteils nicht in der Legge gewesen, in ihren Protesten das nötige Material rechtzeitig herbeizuschaffen. Die Liquidation wäre aus zwei Gründen möglich, einmal aus dem Grunde, weil unterstellt wird, daß das Vermögen des Vereins dem Hauptverein in Berlin gehört, zweitens, weil die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder deutscher Staatsangehörigkeit ist. (S. das Gesetz vom 4. 1920 über die Registrierung der deutschen Vermögen.)

Die Anwendung der Liquidation widerspricht den gegebenen Bestimmungen, denn die Vorstandsmitglieder waren überwiegend Teil am 10. 1. 20 polnische Staatsangehörige. Das einzelne von ihnen später optiert haben und abgewandert sind, tut nichts zur Sache. Es muß jedenfalls aber als ein Mangel bezeichnet werden, daß das Liquidationsamt, welches scheinbar auch das Moment der Staatsangehörigkeit der Vorstandsmitglieder im Auge hat, dieses nicht angegeben hat. Der andere Grund könnte aber der sein, daß das Vermögen der einzelnen Vereine als dem Deutschen Frauenverein (Hauptverein) in Berlin gehörig betrachtet wird. Das ist jedoch bei keinem Vereine der Fall. Ferner scheint es, als ob § 1 Abs. b der Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 4. 3. 20 die Hand zur Liquidation gegeben habe, welchen besagt, daß Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften, welche von deutschen Unternehmen vermaßt oder kontrolliert werden, unabhängig von der Art, den Zielen und Aufgaben dieser Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften oder Dienstleistungen, welche auf Grund von deutschen Behörden bestätigter Sitzungen erachtet sind, der Liquidation unterliegen. Es wird auch in der Antwort des Liquidationskomitees in Posen auf den Protest des Deutschen Frauenvereins in Mogilno angegeben, daß das Glaentum des Vereins der Liquidation untersteht, da der Deutsche Frauenverein in Mogilno in enger Abhängigkeit von der Zentrale (Hauptverein) mit dem Sitzen in Berlin sei. Die Abhängigkeit erläuterte der § 1, 10 des Statutes, welches am 10. 1. 20 den Verein verpflichtet habe. Eine derartige scheinbare Abhängigkeit kann das Recht der Liquidation nicht bestricken. Im Jahre 1919 ist in den meisten Fällen eine völlige Lösung der Vereine von dem Hauptverein in Berlin und den für den Hauptverein geltenden Sitzungen auf statutenmäßige und durch die Gerichte infolge Eintragung in das Vereinsregister anerkannte Weise erfolgt (z. B. Deutscher Frauenverein Mogilno). Ferner aber unterliegt die Selbständigkeit der Vereine durchaus nicht den geringsten Zweifeln, wie das mit volliger Klarheit aus der Verfügung des preußischen Ministeriums vom 12. 4. 1917 hervorgeht, welche der Anlage beigefügt ist. Das Liquidationskomitee in Polen hat behauptet, daß die Umänderung des Namens eine Entäußerung des Vermögens des einen Vereins auf den anderen sei, daß eine solche Entäußerung im Sinne des Gesetzes vom 4. 3. 20 Art. 6 ohne Erlaubnis des Präses des Hauptliquidationsamtes nicht gestattet, sondern nach § 12 des Gesetzes sogar mit Strafe bedroht sei. Diese Ansicht ist juristisch durchaus urteilbar. Vor einer Entäußerung des Vermögens durch die Umänderung des Namens kann solange keine Rede sein, als die Umänderung des Namens auf statutenmäßigen Wege erfolgt ist. Da eine Umänderung auf statutenmäßigen Wege vorangegangen ist, beweist die Annahme der Eintragung in das Vereinsregister des betreffenden Gerichtes, welche in fast allen Fällen erfolgt ist. Somit entfällt auch die Notwendigkeit der Einholung der Erlaubnis des Präses des Liquidationsamtes. Ebenso kann von einer Bestrafung auf Grund des § 12 des Gesetzes nicht die Rede sein. Die Einholung der Erlaubnis des Präses des Hauptliquidationsamtes war im Jahre 1919 nicht möglich, da das in Frage kommende Gesetz vom 4. 3. 20 noch gar nicht in Kraft getreten war. Die Änderung im Grundbuch auf den neuen Namen ist fast in keinem Falle erfolgt. Daraus schließt das Liquidationsamt in Polen, daß sie am 10. 1. 20 noch nicht verpflichtet und daher rechtlich nicht bestanden habe. Es muß aber erwähnt werden, daß, wenn die Namensänderung gemäß den Statuten den Gesetzen entsprechend erfolgt ist, die Änderung im Grundbuch nicht verwirkt werden kann, da sie eine reine Formalität ist.

Wir fragen daher die Regierung, insbesondere den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Finanzminister:

1. Sind der Regierung diese Vorfälle bekannt und wie stellt sich dieselbe zu der Aussage der Hauptliquidationsamtes?

2. Ist die Regierung bereit, Anweisungen ertheilen zu lassen, daß das Liquidationsverfahren eingestellt wird?

Warschau, den 31. Januar 1924.

Die Interpellanten.

Polens Trauer um Wilson.

Warschau, 6. Februar. (PAT) Aus Anlaß des Todes des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, hat der Ministerpräsident eine 24 Stunden lange öffentliche Trauerkundgebung angeordnet. Mittags um 12 Uhr wurden sämtliche Flaggen auf den Staatsgebäuden unserer Hauptstadt, in den Städten der Woiwodschaften und den größeren Provinzstädten auf Halbmast gesetzt. In einer Reihe von öffentlichen Gebäuden flatterten Trauerfahnen im Winde. Die Regierung wandte sich mit einem Appell an die Bewohner, ihrer Trauer dadurch Ausdruck zu geben, indem sie schwarze Flaggen auf ihren Häusern hissen.

Deutschland trauert nicht.

Amerikanische Blätter berichten, daß die deutsche Gesandtschaft in Washington als einzige der diplomatischen Vertretungen ihre Fahne nicht zum Zeichen der Trauer auf Halbmast gesetzt hat. Auf Beisetzung von Berlin hat der deutsche Gesandte an der Beerdigungsfeier nicht teilgenommen.

Aus amtlichen Kreisen Rom wird mitgeteilt, daß weder der König von Italien noch Mussolini Kondolenz-Telegramme in Verbindung mit dem Tode Wilsons senden werden.

Erinnerungen Masaryks an Wilson.

Der tschechische Staatspräsident Masaryk hat anlässlich des Todes Wilsons, mit dem er eng befreundet war, der Presse einen Abschnitt aus seinen bisher noch unveröffentlichten Memoiren zur Verfügung gestellt.

Über seinen persönlichen Verkehr mit Wilson schreibt Masaryk u. a.: An erster Stelle besprachen wir Österreich und die Habsburger. Die Enthüllungen Clemenceaus (über die Sixtus-Briefe) gaben dazu einen willkommenen Anlaß. Ich wußte auf die unschöne, ja geradezu niedrige Handlungswweise des Kaisers (Karl) gegenüber seinen Verbündeten hin. Deutschland hatte bald nach Beginn des Krieges Österreich wenigstens auf eine Zeitlang vor den Russen gerettet. Deutschland und seine Hilfe verdrängten auch später Russland nach dem Osten und machten eine ganze Reihe von Randstaaten von Finnland bis zur Ukraine frei.

Weiter macht ich den Präsidenten auf die Schuld Österreichs an der Provokation des Krieges aufmerksam. Er gab zu, daß es von Deutschland zum Kriege nicht gewünscht wurde.

Die weiteren Ausführungen Masaryks dürften die größte Aufmerksamkeit erregen. Masaryk schreibt: Als die Friedensangebote angingen, als man über den Waffenstillstand verhandeln sollte, trug ich dem Präsidenten meine Überzeugung vor, daß der Krieg weitergeführt werden sollte, und daß die Verbündeten die deutsche Armee dazu zwingen sollten, die Waffen niedergelegen. Gegebenenfalls hätten die Verbündeten in Berlin einzeln gehen sollen. Durch diese Beendigung des Krieges wären nicht mehr Opfer an Menschenleben gebracht worden, als nach dem Frieden.

Ich gab dem Präsidenten zu, daß der Krieg auch strategisch gewonnen würde. Aber da ich die Überzeugung des deutschen Volkes von der Unüberwindlichkeit des deutsch-preußischen Heeres und seiner Heerführer kannte, fürchtete ich, daß die Masse der deutschen Nation nicht an eine strategische Niederlage Deutschlands und Österreichs glauben würde. Ich erinnerte den Präsidenten an die Sendung seines Freunden Houze nach Europa zwecks einer Diskussion mit den Heerführern der Verbündeten, wie man einen dauernden Frieden erreichen könnte und nicht einen Frieden auf einige Minuten, wie es der Präsident im vorhergehenden Jahre den Arbeitern in Buffalo richtig dargestellt hatte.

Auch erinnerte ich ihn daran, wie er vor dem Kongress die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn begründete, obgleich er damals die Vernichtung Österreich-Ungarns noch nicht ins Auge gesetzt hatte. Er verlangte eine militärische Vernichtung Preußens. Das konnte man aber nur dann erreichen, wenn Marschall Foch die verbündeten Heere über den Rhein hätte führen können.

Ich bin dieser Ansicht noch immer und besonders nach den Erfahrungen mit dem Frieden, nur will ich noch hinzufügen, daß gegen den Plan Fochs nicht nur Präsident Wilson und Oberst Houze, sondern auch Clemenceau war. Die amerikanischen Soldaten waren für den Vormarsch über den Rhein und auch die englischen Soldaten und Lloyd George."

Masaryk führt dann weiter aus, daß er Wilson davon abriet, zu den Friedensverhandlungen nach Europa zu fahren.

Die Kommissionsberatung des Mieterschutzgesetzes beendet.

Warschau, 6. Februar. (PAT) Die Rechtskommission des Sejm beendete heute die 3. Sitzung des Mieterschutzgesetzes. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Hausbesitzer als Steuer 20 Prozent der jedesmal erhaltenen Miete zu zahlen haben. Weiter wurde bestimmt, daß die rechnerische Verteilung der Leistungen im Hause ausgehängt werden soll, wobei dem Hausbesitzer die Verpflichtung aufgelegt wird, die Rechnungen und Beweise vorzulegen. Ferner wurde beschlossen, daß die Verpflichtung zur Zahlung der Zusätze resp. Nebengebühren durch die Mieter nur so lange bestehen soll, bis die Miete 50 Prozent der Vorkriegsmiete erreicht resp. wenn es sich um den Wasserzins handelt — 75 Prozent.

Was den Schutz der Untermieter anlangt, so wurde beschlossen, daß die von dem Untermieter zu zahlende Miete für einen Teil der Wohnung die Miete, die der Mieter dem Hausbesitzer für diesen Teil der Wohnung zahlt, um 20 Prozent nicht übersteigen darf, und wenn dem Untermieter die Haushaltseinrichtung überlassen wird, nicht um 70 Prozent.

Die Kommission beschloß ferner, daß der Hausbesitzer einen Mieter aus der Wohnung entfernen kann, wenn er ihm in einem neuangebauten Teil des Hauses eine gleichwertige und den Bedürfnissen des Mieters entsprechende Wohnung zur Verfügung stellt.

Das Gesetz soll am 1. April in Kraft treten.

Delegiertenversammlung der Mietervereine in Warschau.

Am Sonntag, 10. d. M., tagt in Warschau Kapitalna 1 im Saale der Szron. Demofr. eine allpolnische Versammlung der Delegierten der Mieterorganisationen, die einberufen ist durch die Zentrale der Mietervereine der polnischen Republik (Leszno 29). Die Organisation, die seit 1920 besteht, hofft alle Mietervereine in ganz Polen um möglichst zahlreiche Beteiligung der Versammlung mit Rücksicht auf die große Bedeutung der zu verhandelnden Angelegenheit, nämlich des Mieterschutzgesetzes. Weitere Informationen erteilt das Bureau Leszno 29, m. 6, in Warschau, oder telefonisch Nr. 80—60.

Republik Polen.

Zu den polnisch-deutschen Verhandlungen.

Warschau, 6. Februar. Der Departementsdirektor Koźmiński ist als Vorsitzender der polnischen Kommission für die Verhandlungen mit Deutschland nach Genf abgereist.

Aus der Diplomatie.

Einem Gerücht folge soll zum Gesandten in Konstantinopel der jetzige Chargé d'Affaires in Budapest, Szembek, ernannt werden.

Aufrufung des polnischen Handelsrats in Charlow.

Wie wir erfahren, ist aus Sparungsgründen der polnische Handelsrat in Charlow, Koźmiński, abberufen worden. Seine Ankunft in Polen wird in den nächsten Tagen erwartet.

Parlamentarische Indiskretionen.

Warschau, 5. Februar. In der Budgetkommission ereignete sich ein Zwischenfall, der in Abgeordnetenkreisen erhebliches Aufsehen erregte. Der Landwirtschaftsminister Janicki erklärte nämlich, daß er aufhören werde, an den Sitzungen der Kommission teilzunehmen, wenn er für die Berichterstattung über den Verlauf der Sitzungen der Kommission in der "Gazeta Warszawska" keine Genehmigung erhalte. Der Minister steht auf dem Standpunkt, daß der Bericht der "Gazeta Warszawska", da die Kommissionssitzungen nicht in Anwesenheit vor

Pressevertretern stattfinden, von irgend einem Abgeordneten verrichtet werden müsse. Es kann nicht zugegeben werden, daß ein Abgeordneter tendenziöse Berichte an die Zeitungen liefere. Obwohl sich der Vorsitz des Ministers ausschließlich gegen den Vertreter des Nationalen Volksverbandes (Związek Ludowo-Narodowy) richtete, ergriff keiner der Abgeordneten dieses Klubs das Wort; indessen drückte der Vorsitzende der Kommission, Abg. Bożekowski, sein Bedauern wegen dieses Vorkommens aus und erklärte, daß er dafür Sorge tragen werde, daß die Presse in Zukunft nur die offiziellen Berichte bringe.

Der neue Leiter des Arbeitsministeriums.

Der Herr Staatspräsident hat den bisherigen Vice-minister des Arbeitsministeriums Gustav Simon mit der vorläufigen Leitung des genannten Ministeriums betraut, und der bisherige Minister Darowski als Gesandter nach Moskau geht.

Abreise der Danziger Delegation aus Warschau.

Am 6. d. M. hat die Danziger Delegation, die mehrere Tage in Warschau verweilte, die Hauptstadt verlassen, um nach Danzig zurückzukehren. Die beiden Delegierten, Herr Professor Noe und der ehemalige Senator Jewelomsky sind mit den Ergebnissen ihrer Mission zufrieden. Der letztere äußerte sich bei seiner Abreise, daß nach Beendigung der Konferenzen er mit deren Ergebnis sehr zufrieden ist. Anlässlich dieses Besuches und seiner Ergebnisse ist in den eingeweihten Kreisen die Überzeugung, daß nunmehr die Errichtung der Polnisch-Danziger Handelskammer in Kürze zu erwarten ist.

Wachowiak.

Wie der "Kurier Podlaski" erfährt, ist die Kandidatur des Abg. Wachowiak für den Posten eines Wojewoden nicht mehr aktuell. Die Christliche Demokratie hatte sich der Ernennung Wachowiaks zum schlesischen Wojewoden widerstellt, und der Club der Dubanowicz-Gruppe protestiert dagegen, daß dem Abg. Wachowiak die polnische Wojewodschaft anvertraut werde.

Polen und das internationale Arbeitsbüro.

Warschau, 6. Februar. (PAT) Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 4. d. M. eine Verbesserung zu dem 393. Artikel des Versailler Vertrages angenommen. Die Verbesserung betrifft die Zusammenziehung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsbüros beim Völkerbund. Nach dem bisherigen Wortlaut des genannten Artikels setzt sich der Verwaltungsrat aus 12 Vertretern der einzelnen Regierungen, sechs Vertretern der Arbeiter und sechs der Arbeitgeber zusammen. Diese Zahl wurde gegenwärtig auf 32 erhöht, so daß auf die Regierungen 16, die Arbeiter acht und die Arbeitgeber gleichfalls acht Vertreter entfallen. Durch diese Erhöhung sind auch die Aussichten für Polen, ein Mandat zu erhalten, größer geworden.

Die Heiligenbilder aus der orthodoxen Kathedrale in Warschau.

Die orthodoxen Heiligenbilder aus der orthodoxen Kathedrale in Warschau, die zum Abbruch bestimmt sind, sollen gemäß einer Verfügung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten dem griechisch-orthodoxen Metropoliten von Warschau zur Verfügung übergeben werden.

Beschränkung des Alkoholkonsums.

Warschau, 6. Februar. In der gestrigen Sitzung des Ministerrats wurde ein Projekt angenommen, wodurch der Verkauf von Getränken, die mehr als 4 Prozent Alkohol enthalten, beschränkt und der Verkauf von Getränken, die mehr als 60 Prozent Alkohol enthalten, vollständig verboten wird. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Zahl der Schankstätten im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer herabgesetzt werden soll, und zwar soll eine Schankstätte auf 2000 Einwohner entfallen. Die letztere Maßnahme soll bis Ende d. J. vollzogen sein.

Die polnische Regierung hat im Sejm einen Gesetzentwurf über die Besteuerung von Bier eingereicht.

Deutsches Reich.

Vor direkten französisch-deutschen Verhandlungen.

Berlin, 6. Februar. (PAT) Nach Mitteilungen der Presse wird der deutsche Gesandte in Paris in den nächsten Tagen im Laufe einer Unterredung mit Poincaré den Vorschlag machen, direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland anzubauen.

Die Entente-Sachverständigen in Berlin.

Der Transatl. Radio-Wirtschaftsdienst meldet aus Berlin: Hier verstärkt sich der Eindruck, daß die Sachverständigen-Beratungen ein positives Ergebnis haben werden. Allerdings glaubt man nur von dem ersten Ausschuß für Währungsfragen etwas erwarten zu können, während eine Klärung der Kapitalfluchfrage für unmöglich gehalten wird. Dieser zweite Ausschuß wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen wieder von Berlin abreisen. Die Reichsregierung wird durch Vorlegung der von Stresemann angekündigten Denkschrift über die Belastungskosten von diesen freit zu kommen versuchen. Es ist beachtenswert, daß gerade während der Anwesenheit der Kommission in Berlin von deutscher Seite starke Aktivität in der Pfalzfrage und in der Frage der Belastungskosten gezeigt wird.

Aus anderen Ländern.

Das Sowjetamt in Charlow in die Luft gesprengt.

In Charlow wurde das siebenstöckige Gebäude der Sowjet, in dem sich das Lebensmittelkommissariat befindet, in die Luft gesprengt. In dem im Zentrum der Stadt gelegenen Gebäude befand sich auch ein Munitionslager der Sowjet. Sämtliche Bewohner der Untergeschosse kamen ums Leben. Vorübergehende Personen wurden an der Mauer des gegenüberliegenden Hauses erschossen. Das Obergeschoss brach nicht auseinander, aber infolge der Explosion brach in ihm Feuer aus. Die Bewohner des 7. Stockwerks sprangen aus den Fenstern und waren auf der Stelle tot. Die Fensterscheiben sämtlicher Häuser im Mittelpunkt der Stadt zerstört.

Die Deutschen in Lettland.

Die lettändische Volkszählung vom Mai 1920 ergab unter 1,6 Millionen Gesamtbewohner 58 000 Deutsche, davon 29 500 in Riga. Innerhalb der zum 1. Januar 1923 auf 1,89 Millionen geschätzten Gesamtbewohner rechnete man, dem "Ost-Express" zufolge, mit 65 000 Deutschen, von denen 39 000 in Riga vorausgesetzt wurden. Der bedeutende Zuwachs ist auf Rückwanderung zurückzuführen. Heute veranschlagt man im Lande annähernd 70 000 Deutsche, davon vielleicht 40 000 in Riga. Die deutsche Bevölkerung Lettlands ist nahezu ausschließlich Stadtbewohner, zum überwiegenden Teil in der Hauptstadt Riga ansässig. Einen deutlichen Bauernstand gibt es nur in Südlitauen, sowie in Mittel-Kurland, wo von 6000 deutschen Dandldeutern vielleicht noch 2—3000 nachgeblieben sein werden.

Bromberg, Freitag den 8. Februar 1924.

Pommerellen.

7. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

A. Sammlung. Von katholischen Schwestern werden Beiträge für katholische Waisenhäuser gesammelt. Es werden auch die evangelischen Bewohner aufgesucht, falt alle geben Spenden. Es sind darunter recht namhafte Beiträge verzeichnet.

Der Getreidepreis ist derart heruntergegangen, daß die Geschäftleute den Verkauf ganz eingestellt haben oder Kreise bieten, bei denen der Landwirt nicht existenzfähig ist. Landwirte fahren von einem Geschäft zum andern und müssen dann das Getreide nach Hause nehmen. Das Brot ist um einige hunderttausend Mark im Preise gefallen. Die Fleischer bieten den Landwirten nur noch 60 Millionen Mark für den Bentner fette Schweine. Für ausgeschlachtete Schweine erzielen sie 120 Millionen Mark. Die Ladenelecker haben den Kleinhandelspreis aber noch nicht wesentlich ermäßigt. Auch bei anderen Waren zeigt sich eine gewisse Bewegung zu Preisheraufsetzungen.

A. Die Eisbrecher trafen am 4. Februar hier ein. Es sind zwei Dampfer der Flotille der früheren preußischen Strombauverwaltung. Am 5. Februar waren sie bereits bis gegen den Sudetischen Hafen vorgedrungen. Nähe der Stadt ist eine Rinne an dem linkssitzigen Ufer aufgetreten. Da das Eis eine große Stärke nicht erreicht hatte und zahlreiche offene Stellen im Eis vorhanden sind, so schafft die Arbeit recht gut.

A. Ein sonderbarer Streitfall. Ein hiesiger Gewerbetreibender verkaufte vor längerer Zeit einige Gegenstände an einen Fremden, der damals 200 000 Mark Anzahlung leistete und die Sachen bis zu einem bestimmten Termin abholen und die Restzahlung leisten wollte. Der Termin war längst vergangen, die verkauften Gegenstände wurden nicht abgeholt und es erfolgte auch nicht die Restzahlung. Die Sachen wurden daher anderweitig verkauft. Nach längerer Zeit erhielten der erste Käufer und verlangte Rückgabe der Anzahlung, was natürlich verweigert wurde. Der Käufer klagte und es schwebt nun der Prozeß. Der Verkäufer mußte seinem Anwalt einen Kostenvorschuß von 10 Millionen Mark zahlen, während das Objekt nur 200 000 Mark beträgt.

Vereine, Veranstaltungen u. c.

Männerturnverein Grudziadz. Monatsversammlung Sonnabend, den 9. Februar, 8 Uhr, im Gemeindehaus. Vollzähliges Erstellen erwünscht. (1487)

Thorn (Toruń).

Der bisherige Stadtpräsident, der sein Amt zum 1. Februar niedergelegt, hat hier ein Rechtsanwaltsbüro eröffnet.

Zum Jubiläum der Straßenbahn. Unserem neueren Bericht haben wir heute noch einige Einzelheiten nachzutragen. Die Straßenbahn als solche besteht jetzt bereits 31 Jahre, darunter 25 Jahre als elektrisch betriebene. Zur Gründungszeit bestand nur die Linie 1, die in 3½ Kilometer Länge von der Bromberger Vorstadt durch die Hauptstraßen der Innenstadt zum Stadtbahnhof führte. Zwei Jahre nach der Elektrifizierung begann man mit dem Ausbau der zweiten Linie, die vom Rathaus durch das nun abgerissene Culmer Tor nach Mocker führte und am "Amtshaus" (heute Polizeikommissariat III) ihren Endpunkt hatte. Die gewaltige Entwicklung der Vorstadt Mocker durch viele Neubauten größten Stils (Dialonissen-Krankenhaus, Kasernen, Bahnhof usw.) machte eine Fortführung der Linie zur dringenden Notwendigkeit. Im Jahre 1916 war die Mockeraner Linie bis zum neuen Bahnhofe durchgeführt und dem Betrieb übergeben worden. Im Jahre 1908 wurde mit dem Ausbau der dritten Linie (Rathaus—Chelmicka Szosa) begonnen, die die fürstliche Linie ist. Die sich besonders im Geldwesen fühlbar machenden Kriegsfolgen haben bis heute einen weiteren Ausbau des Netzes, der einem Bedürfnis entspricht, hindernd im Wege gestanden. Ganz besonders erwähnenswert ist eine Straßenbahnverbindung mit dem auf dem jenseitigen Weichselufer liegenden Hauptbahnhof, unserer Nachbarstadt Podgorz, und den großen militärischen Anlagen (Schleppplatz). — Erwähnt sei, daß bis zum heutigen Tage noch Wagen aus der Gründungszeit im Betrieb sind, und zwar meistens die offenen früheren Pferdebahnwagen, die zur Sommerzeit als Anhängewagen gefahren wurden. Aus den Gründungsjahren der Pferdebahn ist in älteren Thorner Familien auch noch eine Postkarte "Auf der Thorner Pferdebahn" vorhanden, die von der inzwischen auch eingegangenen Lambetsch'schen Buchhandlung verlegt worden war.

Wegen illegalen Grenzüberschritts wurde in vergangener Woche eine früher hier selbst wohnhaft gewesene Person verhaftet.

Die Feuerwehr wurde am 2. und 3. d. M. je einmal alarmiert. Im ersten Falle fand sie die Wächterbude auf dem Goergenschen Grundstück in Flammen stehend vor. Das Feuer war hier vermutlich durch einen eisernen Ofen entstanden. Im zweiten Falle handelte es sich um den Brand des Tiefvorortes im Hause Nowomiejski Rynek (Neustädter Markt) 6, der in kurzer Zeit gelöscht werden konnte.

Konkurrenz und Galizien.

Lemberg (Lwow), 4. Februar. Hier ist nach der letzten Erhöhung der Straßenbahnpreise die Benutzung der Straßenbahn von durchschnittlich 60 000 Personen täglich auf 20 000 gesunken.

Czestochau, 5. Februar. Über eine schwere Eisenbahnkatastrophe wird berichtet: Gestern geriet eine Lokomotive, die von Petrikau in Richtung Czestochau fuhr, bei Rudnik auf ein falsches Gleis. Auf dieser Strecke waren mehrere Dutzend Arbeiter mit der Beseitigung des Schnees beschäftigt. Wegen des unsichtigen Wetters bemerkten die Arbeiter nicht die Lokomotive, die mit aller Kraft mitten in sie hineinfuhr. Als der Lokomotivführer das Unglück bemerkte, fuhr er mit ganzer Kraft nach Czestochau, woher auch bald ein Rettungszug abgelassen wurde. Arzte und Sanitätspersonal fanden 10 Leichen und 2 Schwerverwundete. Die Leiche eines Arbeiters war von der Lokomotive mehrere Kilometer weit mitgeschleift worden; man fand sie in der Nähe von Czestochau.

Dirschau (Tczew), 6. Februar. Von der Anklage der Preisüberschreitung freigesprochen wurden vom Appellationsgericht in Thorn die hiesigen Kaufleute Kobylanski und Wladarczak. Wie seinerzeit berichtet, wurden die genannten mit noch mehreren Kaufleuten von hier wegen angeblicher Preisüberschreitungen mit hohen Geldstrafen belegt und dann später auf die eingelegte Verurteilung hin von der Strafkammer in Stargard zu noch höheren Geld- und zusätzlich noch Haftstrafen verurteilt. Die beiden obengenannten Kaufleute haben nun bei dem Appellationsgericht in Thorn auf ihre eingelegte Revision hin einen Freispruch in dieser Sache erzielt.

Gorino (Kreis Strasburg), 5. Februar. Der Handel und Wandel auf dem heutigen Markt war gedrückt, denn es machte sich der Geldmangel bemerkbar und die Kauflustigen warteten noch auf niedrigere Preise. Pferde und Kindvieh fehlten, nur einige Kühe, zu 18 bis 20 Mill. M. waren vorhanden. Für Schafe zahlte man 40–60 Mill. M. Schweine wurden sehr wenig gehandelt. Fette Schweine kosteten 70–80 Mill. M. der Bentner, Läuferschweine von etwa 80–90 Pfund Gewicht 50–60 Mill. M. das Stück, Saugtier, sechs Wochen alt, 30–40 Mill. M. das Paar. Für Geflügel zahlte man folgende Preise: Gänse 10–15, Puten 8–12, Enten 5–8, Hühner 8–5 Mill. M. Das Pfund Butter kostete 1.5–1.6 und die Mandeln 2.5 Mill. M. Bei den Fleischern konnte man haben Speck zu 1.7, Schweineleber zu 1.2–1.5, Fleisch und Preßwurst zu 1.7, Leber- und Blutwurst zu 1.4 Mill. M. das Pfund. — Die Getreidepreise waren heute wiederum gefallen. Aufsäuer zahlt für Erbsen 11, für Roggen 7, und für Serradella 6.5–7 Mill. M. pro Bentner. Für den hiesigen Speicher wurde nicht gefaßt.

Aus dem Kreise Schlesien, 6. Februar. Militärvollzogenen jungen Leuten im Grenzbezirk, welchen Grenzüberschreitungen erkannt waren, sind diese entzogen worden. — Bei den sehr hohen Brennmaterialpreisen sind Holzliebstäle an der Tagesordnung. Besonders kleinere Landwirte, die in ihren geringen Holzbeständen sich kein Aufsichtspersonal halten können, sind dabei dran. Die Bäume werden niedergeschlagen und entwendet. Durch Versezung des evangelischen Geistlichen in Warlubien ist das Kirchspiel ohne Geistlichen. Nicht bestellt sind auch die Pfarrstellen in Lubiewo und Stanno im Kirchenkreis Schlesien. Neubesetzt wurde die nach Ausweisung des Pfarrers Beck verwaiste Pfarrstelle zu Waldau bei Prus.

Kirche und Politik.

Eine Abwehr.

Als Posen und Westpreußen von Polen besetzt wurden, durfte man die Hoffnung haben, daß sich die evangelischen Kirchen in ganz Polen über die Nationalität hinweg in Einigkeit des Geistes zu friedlicher Arbeit zusammenfinden würden. Diese Erwartung wurde bekanntlich durch den Generalsuperintendenten Bursche in Warschau zunächst gemacht, der sofort nach der Belebung durch nationalpolnische Propaganda den Frieden in der Kirche störte und z. B. in Masurien und Südpolen ganz offen die Gemeinden von der unteren Kirche loszulösen und nach Warschau hinüberzuziehen suchte.

In Grudenz (Grudziadz) war bisher die Zahl der evangelischen Polen zur Gemeindebildung zu klein. Man versuchte, zunächst die Evangelischen, welche die polnische Sprache verstehen, zu sammeln, von dem Anscluß an die unierete Kirche fernzuhalten und sich in Ermangelung einer eigenen Kirche, vorläufig in dem Kirchengebäude der unteren Gemeinde wohnlich einzurichten. Die Triebfeder der Propaganda war ansehnend der evangelische Militärpriester Maria aus Posen, der sich in Oberschlesien bei der Abstimmung als polnischer Agitator bereits politisch bestätigt hatte. Dieser Herr erbat im vergangenen Frühling die Grudzenzer evangelische Kirche zunächst für einen Militärgottesdienst, in der sicheren Annahme, daß ihm für diesen Zweck das Gotteshaus nicht vornehmlich werden würde. Er versprach unaufgefordert und ausdrücklich, daß er sich auf das Militär beschränken und keine Propaganda unter der Zivilbevölkerung treiben wolle. Als ihm die Kirche zugesagt war, dachte er offenbar nicht mehr an sein gegebenes Versprechen. In einer polnischen Zeitung erfolgte sofort eine Einladung an die Zivilbevölkerung, und er gebärdete sich gleich beim ersten

Thorn.

Annahme wertbeständiger Spareinlagen

auf Basis des Goldfranken unter günstigen Bedingungen.

Thorner Vereinsbank, Sp. z o. odp.

TORUŃ.

Devisen-Kommissionär.

Telefon 692-694.

Häcksel
Stroh
Hren
Kleie
Hafer
Gerste
Roggen
Wizen
Weizen
waggonweise sowie
Detail liefert
Klewe & Brodzki,
Inh. Witold Klewe,
Kohlen- und Getreide-
Großhandlung,
Büro: Starz Rynek 25.
Tel. 863, 864.
Spedition u. Detail:
Chelm. Szosa 19.
Tel. 242, 1452

Gr. Bösendorf. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst, Pf.
Anpfiff.

Gurke. Nachm. 8 Uhr:
Gottesdienst, Pf. Anpfiff.
Sachsenbrück. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst.

Ottolischin. Nachm. 8
Uhr: Gottesdienst.
Lustau. Borm. 10 Uhr:
Gottesdienst.

Drucksachen
aller Art liefert in geschmackvoller Ausführung
A. Dittmann, G. m. b. h., Bromberg,
Wilhelmstraße 16.

Kirchl. Nachrichten. Deutscher Frauenverein a. Toruń.
Sonntag, d. 10. Febr. 24.
(S. n. Epiphany)
Mitt. evang. Kirche.
Borm. 10½ Uhr: Gottes-
dienst, 11½ Uhr: Pf. Gottes-
dienst. Nachm. 4½,
Uhr: Jugend - Versammlung,
Bäderstraße 20, Pf.
Heuer.

Evang.-luth. Kirche.
Bachstraße 8 (Szum-
lowa). Borm. 1. Uhr:
Predigtgottesdienst, Sup.
Büttner.

Evangelisch-L. Kapelle
Sandstraße. Nachm. 1. Uhr:
Kinderstunde. 4½ Uhr:
Evangelisation. 6 Uhr:
Jugendstunde, Lehrer:
Büttner.

Spenden für die Bissets werden vorher
bei der Firma Gustav Weeke, am Tage der
Aufführung vormittags im "Deutschen Heim".
Danach entgegenommen.
Eintritt 3 000 000 Mark, Kinder die Hälfte.
Um des wohltätigen Zwecks willen ist all-
seitige Unterstützung von Stadt und Land
und recht zahlreicher Besuch von Groß und
Klein erwünscht.
Der Vorstand.

Deutsche Bühne Toruń, T. z.
Freitag, d. 8. Febr., abends 8 Uhr, im Deutschen Heim:
Sommernachts - Fest.
Karten für Nichtmitglieder nur am Donner-
tag, den 7. Februar, von 7–8 Uhr abends,
an der Theaterfassade im "Deutschen Heim".
Preis pro Person 3 Millionen Mark. Zu
gleicher Zeit können dort noch die Karten für
untere Mitglieder abgeholt werden. Kindern
ist die Teilnahme am Fest nicht gestattet. 1488

Häcksel
Hafer
Hren
Stroh
Spenditeur 1222
L. Szymborska,
Toruń, Zieglerstraße 2.
Tel. 909 und 914.

Deutsche Bühne
in Toruń T. z.
Sonntag, 10. Februar,
pünktl. 3½ Uhr nachm.
Sondervorstellung für
die Landbevölkerung.
Zum letzten Male:
"Börsensieber"
Schwank in 3 Akten.
Vorverkauf Buchdrdg.
Steinert Nach.
Prototyp 2 (Gerechtei.)
Mitglieder gegen Vor-
zeigung der letzten
Beitragsquittung 20%
Ermäßigung. Telefon.
Vorstellungen nur v.
auswärts an Nr. 482
(Deutsch. Heim). — Gr.
Ausspannung vorh.!

Hochtragende
Ruh verläuft 1417
J. Giech, Nieszawa,
b. Podgorz, p. Toruń.

Bereinsnachrichten, Geschäftsreklame
und geschäftliche Mitteilungen
besonderer Art
für Grudenz u. Umgebung
gehören in die
Deutsche Rundschau
unter die neu eingerichtete Rubrik:
Bereine, Veranstaltungen u. c.
Anzeigen-Nahme und Hauptvertriebsstelle
Arnold Kriedte, Buchhandlung,
Mickiewicza (Wohlmannstr.) 8.
Alle Ausgabenstellen nehmen Inseratenaufräge
entgegen.

Graudenz.
Bereinsnachrichten, Geschäftsreklame
und geschäftliche Mitteilungen
Montag, d. 11.2.3.
Wurstessen
Fischbein.
Deutsche Bühne,
Grudziadz E. V.
im Gemeindehaus.
Sonntag, d. 10. Februar
pünktl. 7 Uhr:
Schwarzwaldbündel
Operette v. Heldhardt
und Joha.
Wiederholung des
Galoppiels.
Musik: Münzl Dr.
v. Winterfeld.
Bühne: Dr. Behnke.
Die Aufführung beginnt
pünktl. 7 Uhr.
Mittwoch, d. 13. Febr.,
zum 1. Male:
Börsensieber.
Schwanz in 3 Akten.
Kartenverkauf im
Geschäftszimmer,
ul. Mickiewicza Nr. 15
(Wohlmannstraße). 1412

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, d. 10. Febr. 24.
(S. n. Epiphany)
Lessen (Lasin). Borm.
10 Uhr: Hauptgottesdienst
Modrak. Borm. 10
11½ Uhr: Freitaufer
Uhr: Gottesdienst, Pfarrer
11½ Uhr: Sitzung des Socob.

Gottesdienst so, als ob ihm die Kirche bereits allein gehöre; er kündigte, ohne sich mit den Gemeinde-pfarrern auch nur zu verständigen, gleich die Zeit für den nächsten Gottesdienst an usw., usw.. Die kirchlichen Vertretungen in Graudenz haben damals um des Friedens in der Kirche willen dem Herrn Mamica mitgeteilt, daß sie es unter den gegebenen Umständen ablehnen müßten, ihm die Kirche weiter zu überlassen. Sie wiesen ihn darauf hin, daß in Graudenz noch aus deutscher Zeit zwei Militärikirchen vorhanden wären, eine evangelische und eine katholische, und daß er sich für seine Militärgottesdienste doch lieber die seiner Militärgemeinde aufzuhende evangelische Garnisonkirche geben lassen möchte. Die polnische Presse in Graudenz und der „Zwiastun ewangelicki“, das polnische Kirchenblatt in Warschau, erhoben daraufhin unter Verschweigung des wahren Sachverhalts ein großes Geschrei über Intoleranz. Der „Zwiastun“ rief in einer aus Graudenz dattierten Zuschrift die Macht der öffentlichen Meinung auf, um die Offnung der Kirche für Herrn Mamica mit Gewalt zu erzwingen. Die Gemeinde Graudenz bemühte sich, in einem Brief an den „Zwiastun ewangelicki“, den Sachverhalt aufzuläsen. Der „Zwiastun“ reagierte aber nicht darauf und schwieg die Sache einfach tot. Herr Mamica hat sich die ihm gehörende Kirche nicht geben lassen; die Militärgottesdienste fanden fortan in einem Offizierskasino statt.

Im letzten Herbst erfolgte in einem uns erst jetzt bekannten gewordenen Eingefandt im „Zwiastun ewangelicki“ ein neuer Vorstoß gegen die Graudenser Kirche. Die Gemeindegeistlichen haben die polnische Sprache erlernt, bereits mehrfach auf Wunsch in polnischer Sprache Amtshandlungen vollzogen, für die drei polnischen Übrigens ganz gut deutsch sprechenden Kinder eine besondere polnische Konfirmandenabteilung eingerichtet und durch Heranziehung fertig polnisch sprechender Geistlicher auch schon mehrere polnische Gottesdienste abhalten lassen. Die Evangelischen der beiden Kirchen waren auf dem besten Wege, sich zusammenzufinden. Dieser Friede hat den nationalen Heilspionen in Graudenz aber offenbar nicht gefallen. Es ist eine Dame gewonnen worden — sie unterzeichnet sich D. C. Lipowa 84 —, die durch Verbreitung von direkten Unwahrheiten die Einigkeit in der Gemeinde weiter zu stören, die Öffentlichkeit zu täuschen und ganz offen die Bahn für einen national-polnischen Geistlichen in Graudenz freizumachen sucht. Der Herr ist bereits mit Namen genannt: Launhardt, früher Pfarrer in einem Dorf Galiziens, jetzt Religionslehrer in Graudenz. Er gehört zwar auch einer anderen Kirche, des galizischen A. und H. Bekennnisses, an, er ist wie sein Name zeigt, auch ganz gewiß nichtpolnischer Abstammung; aber das tut nichts! Er besteht jetzt eine zweifellos polnische Seele. Die Dame legt es dem Herrn Launhardt schon jetzt nahe, sich mit der Vorbereitung der Jugend zur Konfirmation zu befassen und sie behauptet in ihrer Zuschrift an den „Zwiastun“ Nr. 44, daß die Gemeindegeistlichen in Graudenz unter Verfuß auf die Verschiedenheit der Bekennnisse es ablehnen, Amtshandlungen an den Polnisch-Evangelischen zu vollziehen.

Es hat natürlich jeder, auch die Dame, die sich D. C. Lipowa 84 unterzeichnet, das Recht, für eine ihm wichtige Sache und seine Nationalität voll einzutreten. Es erscheint aber doch recht bedenklich, gerade auf kirchlichem Gebiet mit nachweislichen Unwahrheiten zu kämpfen. In Wahrheit ist von den Geistlichen in Graudenz noch niemals eine Amtshandlung einem evangelischen Polen gegenüber abgelenkt worden. In den vier Jahren seit der Besetzung wurden überhaupt erst zwei Amtshandlungen, nämlich zwei Begräbnisse, von auswärtigen polnischen Geistlichen vollzogen. In beiden Fällen handelte es sich um Geistliche, die der betr. Familie besonders nahe standen, und waren diese Herren bereits benachrichtigt, ehe die Todesfälle bei der Kirche gemeldet waren. Die Dame D. C. Lipowa 84, die in allem anderen so genau unterrichtet ist, hätte diesen Sachverhalt wohl wissen und sich jedenfalls nach der Wahrheit erst erkundigen müssen, ehe sie ihre Verleumdungen gegen die Graudenser Geistlichen leichtfertig in die Welt setzte.

Es ist bedauerlich, daß diese im Grunde rein kirchliche Angelegenheit in der politischen Presse erörtert und der Öffentlichkeit unterbreitet werden muß. Die Gemeinde Graudenz hätte es gern vermieden. Sie hat bei dem ersten Vorstoß, der sich an den Namen Mamica knüpft, die Angelegenheit beim „Zwiastun ewangelicki“ selber klarstellen und, als ihr das nicht gelang, den Fall um des kirchlichen Friedens willen mit dem Mantel der Liebe zudecken wollen. Ihre Friedensliebe hat ihr leider nichts geholfen. Um weiteren Unheil vorzubeugen, seien wir uns daher geneigt, nunmehr die Würde der Kreise, die keinen Frieden wollen und in ihrem Kampf selbst vor verwerflichen Mitteln nicht zurücktreten, der breitesten Öffentlichkeit zu übergeben.

Wann wird man hier an Lande endlich aufhören, die Politik in die Religion hineinzutragen?

Der Kandidat für den Friedens-Nobelpreis. Edmund D. Morel.

Einige Mitglieder der „Union of Democratic Control“, darunter Ministerpräsident Macdonald und Schatzkanzler Snowden, haben einen Vorschlag an das norwegische Komitee unterzeichnet, den diesjährigen Friedens-Nobelpreis E. D. Morel, dem Gründer der Union und Herausgeber des allen Friedensfreunden bekannten „Foreign Affairs“, zu verleihen.

Edmund D. Morel wurde am 10. Juli 1873 geboren. Er machte sich als Journalist und Schriftsteller zuerst einen Namen durch seine Artikel gegen die von den Belgieren verübten Kongoschrecken. Im Jahre 1904 begründete er eine Kongoreform-Aktion und bereiste später in deren Auftrag die amerikanischen Staaten. 1912–14 wurde Morel Mitglied des Weltarbeitslichen Landeskomitees und kandidierte 1912 in Birkenhead vergeblich für die Liberalen des Unterhauses. Noch in den Jahren vor dem Kriege wandte sich Morel pazifistischen Bestrebungen zu und bekämpfte die gegen Deutschland gerichtete Politik der Entente. Während des Krieges vertrat er auf seinem Standpunkt und hatte demgemäß schwere Konflikte mit der Regierung, die ihn zeitweilig gefangen setzte. Nach Beendigung des Krieges trat Morel lebhaft für eine gerechte Behandlung Deutschlands im Verfallen Frieden ein, für dessen Revision er weiterhin agitierte, besonders gegen die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege kämpfte er an. Die englische Arbeiterpartei, der sich Morel als einer der vertrautesten Berater Ramsay Macdonalds in jüngsteren angehörenden hatte, stellte ihn 1921 im schottischen Wahlkreis Dundee als Kandidaten gegen Winston Churchill auf, dem er aber unterlag. Bei den letzten Wahlen zum Unterhaus wurde dagegen Morel gewählt, während Churchill das Nachsehen hatte.

Macht der Unmoral ein Ende!

Am 1. Februar veröffentlichte Morel in der zweiten Nummer seiner „Foreign Affairs“ einen Appell an das Gewissen der Welt, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Die Verfassung, in der sich das deutsche Volk heute befindet, ist die Ursache aller europäischer Übel. Die deutsche Frage ist die beherrschende Zeitfrage und sie ist nicht in erster Linie eine wirtschaftliche oder politische Frage, sondern eine moralische. Man behauptet beständig, der Friede Europas sei unmöglich, solange Frankreich nicht seiner Sicherheit gewiß sein kann. Wir sagen: der Friede Europas ist unmöglich, solange das Gewissen der Welt nicht zur Anerkennung der Wahrheit gebracht werden kann, daß die Behandlung, die das deutsche Volk erfahren hat und noch erfährt, ein Verbrechen ist.

Morel führt fort: „Dieser Prozeß der Verwüstung hat vier Jahre gedauert und ist noch immer im Gange, und das Leid der Bevölkerung nimmt ständig zu. Es ist höchstens ein Prozeß menschlicher Verwüstung; viel davon ist dem nackten Auge unsichtbar, noch mehr aber sichtbar. Es wird als eine wirtschaftliche Torheit gebrandmarkt und das mit Recht. Aber noch viel mehr als dieses ist es ein Verbrechen und seine Membris wird sichtbar in den gewaltigen Heeresausgaben, in den neuen Flottenvoranschlägen, in den Lustflotten, die sich überall in Europa erheben, in den neuen Bündnissen, in dem Wachstum von Haß und Bitterniß, in dem Neifen von Intrigen, in der Bewaffnung Europas, in der Vervollkommenung von Tauchbooten, Tanks, Explosivgeschossen, Bomben und allem anderen Kriegsszeug des Menschenmordes. Und warum? Weil sie merken, daß er sich nicht bezahlt macht, oder weil sie zu glauben vorgeben, daß er sich bezahlt macht? Verärgerung tritt an die Stelle der Zusammenarbeit, aber noch keiner von ihnen hat bisher logisch erklärt: ich will an diesem Prozeß nicht mehr teilhaben. Nicht einer von ihnen hat gesagt: wir für unsere Person weigern uns, diese schändlichen Märtner aus Gemünsucht fortzusegen. Nicht einer von ihnen hat bisher den Mut gefunden, zu sagen: Wir für unser Teil geben diese Politik auf, nicht weil es sich nicht bezahlt macht, mit ihr fortzufahren, sondern weil sie unrecht, unmoralisch, unmenschlich, barbarisch ist, und wir werden an alles appellieren, was in der zivilisierten Welt an Vernunft und Menschlichkeit vorhanden ist, dem ein Ende zu machen, eben weil es ein Unrecht ist.“

Und nun kommt Morels Ceterum censeo: „Woher dieser Mangel an Mut? Was ist sein Geheimnis? Und er antwortet: „Das Geheimnis liegt darin, daß den Völkern Europas das Beweismaterial verheimlicht wird, das unbestreitbar die Unzutrefftheit der Legende beweist, welche den großen Krieg allein auf die Handlungen und die Politik der Männer zurückführt, die das deutsche Volk vor dem Kriege regierten. Ihre Verheimlichung war überlegt und hartnäckig. Die Regierungen, die leitenden Männer und die Zeitungen der Siegerstaaten haben sich in gleicher Weise an dieser Verharmlosung gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit beteiligt und diese Unterdrückung der Tatsachen, die auf die schrecklichste Tragödie der Weltgeschichte Bezug haben, ist es, was die Bemühungen aller derer begreifen läßt, seien es die verantwortlichen Staatsmänner oder die Führer der öffentlichen Meinung in den Siegerstaaten, daß die Welt keinen Frieden haben kann, so lange die Verfolgung des deutschen Volkes fortduert.“

Aus Stadt und Land.

dr. Gordon, 6. Februar. Den Bemühungen der rührigen Ortsgruppe des Handwerkervereins ist es gelungen, zwei schöne Abende zu veranstalten. Am vorigen Sonnabend war die Deutsche Bühne Bromberg zu einem Gastspiel bei uns. Gegeben wurde „Der Sprung in die See“, ein Lustspiel, das durch das glänzende Zusammenspiel der Darsteller vollsten Erfolg hatte: der überfüllte Saal sprake nicht mit Beifallsbekundungen. Mit Wagen wurden die Darsteller der mangelhaften Bauverhältnisse wegen zurückgeföhrt, während die Gäste dann noch längere Zeit beim Kaffee besammten blieben. — Am Donnerstag batte der Verein seine Mitglieder und Gäste zu einem „Buntpfeste“ zusammengetragen, dem ersten, das hier in Gordon stattfand. Die „zünftigen Brüder“ waren zum Teil leider nicht in „Zunft“ erschienen, hoffentlich werden aber solche Veranstaltungen künftig mehr zünftmäßig ausgestaltet. Im übrigen ließen die Teilnehmer es sich sehr wohl sein, und der zünftige Polizist hatte öfter Gelegenheit, besonders in der Ecke „Zum blutigen Knochen“, seines Amtes zu walten.

dr. Wierzbucin (Kreis Bromberg), 6. Februar. Am 8. Februar begeht der Postverwalter Andreas Konrobert hier mit seiner Ehefrau Berta geb. Kröski das seltene Fest der Damantenen Hochzeit. Er steht im 98. Lebensjahr und seine Ehefrau ist 77 Jahre alt. Das Jubelpaar ist trotz des hohen Alters noch recht rüstig.

* Wissel, 2. Februar. Sturm, Schnee und Regen zeichneten den heutigen Tag aus. In den Nachmittagsstunden hatte sich das Unwetter sogar zu einem Orkan verdichtet. Trotzdem sah man große Scharen nach dem Hotel Wolfram pilgerten, in welchem für 6 Uhr nachmittags der Abgeordnete unseres Wahlkreises, Oberstleutnant a. D. Graeve einen Berichterstattervortrag für die polnischen Wähler deutscher Nationalität angestellt hatte. Deutlicher als durch diesen zahlreichen Besuch konnte gar nicht zum Ausdruck kommen, welch großes Interesse auch die deutschstämmige Bevölkerung an dem Wohl und Wehe unseres Staates hat. In eingehenden Aussführungen schilderte der Berichterstattter die Zeit seit dem Zusammentreffen des augenblicklichen Seims und die Vorgänge, welche sich unter den verschiedenen Regierungen abgespielt hatten. Insbesondere ging er dabei auf diejenigen Gesetzwirkungen näher ein, welche für die deutsche Minderheit von ausschlaggebender Bedeutung waren. Von wesentlichem Interesse waren sodann seine Ausführungen über die Sanierung der Finanzen, in denen er seiner von allen Seiten unterstützten Ansicht Ausdruck gab, daß eine wirklich grundlegende Umstellung unseres Wirtschaftslebens nur durch eine äußere Anleihe möglich sei. Er belehrte hierbei die Anwesenden, welche eine solche äußere Anleihe hätte, indem er die Verhältnisse der einzelnen in Frage kommenden Staaten und ihre Einstellung zu dem untrüglichen stützte und zog hieraus den Schluss, daß eine größere äußere Anleihe nur durch eine radikale Umstellung der äußeren und inneren Politik möglich wäre, und zwar einmal dadurch, daß eine Befriedung der Grenzen erreicht würde und zum anderen, daß neben allen Sympathien, die der polnische Staat für Frankreich haben möge, unbedingt ein anderes Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten wie England und Amerika hergestellt werden müsse; ferner, daß eine weitere Verbesserung das Aufgehen des inneren Kampfes sein müsse, und daß nur die Zusammenfassung aller Kräfte des Landes ohne Rücksicht auf Nationalität unserem Staatswesen einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen könne. Mit einer Besteuerung allein, die nicht nur das Betriebskapital fortnehme, sondern scharf auch in die Substanz hineingreife, wäre die Sanierung der Finanzen nicht durchzuführen, da es ein Zurückgehen unserer Landwirtschaft und Industrie bedeute und Arbeitslosigkeit in großem Umfang mit sich bringen müsse. Die Ausführungen des Redners wurden von allen Seiten mit großer Spannung verfolgt und fanden allgemeinen Beifall. In dem sich anschließenden gemütlichen Zusammensein wurde daher auch wiederholt der Wunsch geäußert, unjeren Abgeordneten recht bald wieder einmal in unserem Kreise begrüßen zu können.

Aus dem Gerichtsaal.

* Danzig, 5. Februar. Selbststellung eines Einbrechers. Bei einer biesigen Firma wurde ein Einbruchsdiebstahl begangen. Dabei wurde der Geldschränk mit einem Sauerstoffgebläse geöffnet und bestohlen. Die Täter blieben unbekannt. Im Buchthause in Wittenburg äußerte der Danziger Arbeiter Paul Wandke, daß dieser Einbruchsdiebstahl von ihm verübt worden sei. Später hörte er, daß wegen dieser Tat Personen verdächtigt und verhaftet worden sind. Er schrieb an die Danziger Staatsanwaltschaft und teilte mit, daß der Einbruch von ihm und noch zwei Personen verübt worden sei. Er schilderte dann genau die Einzelheiten der Tat. Daraufhin stand er nun vor dem gemeinsamen Schöffengericht. Hier aber bestritt er alles, auch den Brief mit er nicht geschrieben haben. Eine sofort vorgenommene Schriftprobe ergab jedoch, daß er die Anzeige geschrieben hatte. Auch die angegebenen Einzelheiten stimmten. Das Gericht hatte gar keinen Zweifel, daß der Angeklagte der Täter war. Er wurde zu drei Jahren Buchthaus verurteilt.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preisgezogene Verantwortung.

Die unlängst in der „Deutschen Rundschau“ (Nr. 18 vom 16. Januar) abgedruckten Ausführungen des Herrn von Wendorff — Melno betr. Konvertierung alter Landschaftsdeutsche enthalten verschiedene Unrichtigkeiten. Wir sehen uns daher als Mitglieder des Engeren Ausschusses und des Generallandesverbandes veranlaßt, dem Interessentreffen zur Vermeidung von Irrtümern folgende Aufklärung zu geben:

1. Gesetzgebendes Organ des Poznańskie Biemstwo Kredytowe ist der Generallandtag, dessen Mitglieder von den Landschaftsverbündeten auf den Kreistagen gewählt werden (§ 66 der Satzungen, Gesetz vom 8. Juni 1922 Dz. Ust. Nr. P. Nr. 57 poz. 519).

Die im Datiennik Ustaw publizierten Beschlüsse des Generallandesverbanden haben Gesetzeskraft und sind für jeden Landschaftsverbündeten und jeden Staatsbürger bindend.

Die Landschaft ist kein Verein, sondern eine öffentliche Körperschaft.

Jeder Landschaftsverbündete ist aus diesem Grunde und auf Grund der von ihm unterzeichneten Beitrittsurkunde (§ 1 des erwähnten Gesetzes vom 8. Juni 1922), ohne die er ein Darlehen nicht bekommen kann, vertraglich verpflichtet, sämtliche bestehenden und später erlassenen Verordnungen und Landschaftssatzungen als für sich verbindlich anzuerkennen.

Eine Rückzahlung der Hypotheken und ein Ausscheiden aus dem Landschaftsverbande ist auf Grund der Landschaftssatzung vom 23. März 1923 (§ 7 Dz. Ust. Nr. P. Nr. 88 poz. 254) und auf Grund des oben publizierten Gesetzes vom 14. Januar 1924 (Dz. Ust. Nr. P. Nr. 7) bis auf Widerruf ausgeschlossen.

2. Die Landschaft besitzt gegen diejenigen Mitglieder, Nr. P. Nr. 88 poz. 645 sind sämtliche Landschaftsverbündeten und Landschaftsverordnungen nicht Folge leisten, die Zwangsmaßnahmen einer öffentlichen Behörde; sie kann insbesondere von dem Verwaltungswanlass verfahren nach dem Gesetz vom 15. 7. 1889 unverzüglich Gebräuch machen.

Die Landschaft ist bisher gesetzlich und gerichtlich gezwungen gewesen, Zinszahlungen und Ablösungsbezüge im Nominalbetrage in polnischer Mark anzunehmen.

3. Gemäß § 2 der Satzung vom 20. Juli 1923 (Dz. Ust. Nr. P. Nr. 88 poz. 645) sind sämtliche Landschaftsverbündeten verpflichtet, ihre alten in Pfandbriefen mit deutschem Stempel aufgenommenen Landschaftsdebdarlehen an par in Darlehen in polnischen Pfandbriefen des Poznańskie Biemstwo Kredytowe zu konvertieren. Diese Konvertierung ist eine Folge der auf Grund des § 11 der Satzung vom 8. Juni 1922 erfolgten Aufkündigung sämtlicher Pfandbriefe mit deutschem Stempel, welche vor dem Walten des Poznańskie Biemstwo Kredytowe ausgegeben worden sind (Monitor Polski Nr. 144 vom 1923 und Berliner Börsenzeitung Nr. 293 vom 27. Juni 1923, Nr. 311 vom 7. Juli 1923 und Nr. 595 vom 31. Dezember 1923).

Die Konvertierung erfolgt zum Schluß der Landschaftsverbündeten und natürlich nicht, um sie zu schädigen.

4. Die von Herrn von Wendorff angeführte Bestimmung des § 3 Absatz 4 des Landschaftsstatuts vom 8. Juni 1922, welche eine Rückzahlung des Darlehns in bar oder in Pfandbriefen zuläßt, ist durch die bereits erwähnten drei späteren Satzungsnachträge, welche die Rückzahlung bis auf Widerruf unterlagen, überholt und gegenstandslos.

Die von Herrn von Wendorff gezogene Schlußfolgerung ist demnach nicht zutreffend.

Vielleicht ist nach obigem allen Landschaftsverbündeten im eigenen Interesse dringend zu raten, die noch vereinzelt ausstehenden Konvertierungen möglichst bald vorzunehmen und die vom Poznańskie Biemstwo Kredytowe überstandenen Vollmachten zu unterschreiben und in legalisierter Form der Landschaftsdirektion zu überenden.

Landschaftsrat Kunzel - Roszkowski.

Landrat a. D. von Born - Hallows - Siemow.

Kleine Rundschau.

* Die Einwohnerzahl der Freien Stadt Danzig. Die Durcharbeitung des Materials der Danziger Volkszählung vom 1. Dezember v. J. ist noch nicht beendet. Nach dem bisher festgestellten Ergebnis beträgt die Zahl der Einwohner der Freien Stadt Danzig etwa 865 000 Personen. Bei Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich schätzte man die Zahl der Einwohner nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung auf 350 000. Da die Zahl der Angewanderten bedeutend höher als 15 000 sein muß, so sind seit der Konstituierung der Freien Stadt Danzig einige zehntausend Personen abgewandert.

* Die Sowjet verbietet — das Gitarrespiel. Einer Melodie des „Edu de Paris“ folge soll die Sowjetregierung die Benutzung der Gitarre, die sie für ein urproletarisches Instrument hält, verbieten haben. Das französische Blatt meint, dies geschehe, weil Ludwig XIV. sie möglicherweise verboten würde. — In Kotor in Montenegro, jetzt Chodzic, hat man unlängst einem deutschen Verein den Gesang der „Loreley“ verboten. — „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.“

* Englische Anekdoten. Im Beitaalter der Regierung der Königin Victoria von England war der englische Humor noch mehr im Schwange als heute, und es gibt witzige Zeiten, die im Spätmachen ihren einzigen Beruf sahen. Der bekannteste dieser „freiwilligen Spätmacher“ war der verstorbene Lord Charles Beresford. Der Lord telegraphierte einmal, als er im letzten Augenblick zu einem Diner bei dem damaligen Prinzen von Wales eingeladen wurde, als Antwort: „Kann leider nicht kommen, Lüge folgt brieflich.“ Ein anderer hatte gewettet, daß er mit einem Wagen einen Weg fahren würde, den zu benutzen allein der König gewollt. Er gewann die Wette sehr leicht, indem er den Kutscher eines Sprengwagens, der den Weg vom Staub befahren sollte, dazu brachte, mit ihm Rock und Mütze zu tauschen, und dann den Wagen gemütlich die königliche Allee hinunterzuschießen.

Achtung!

Weisse Woche

von Mittwoch, den 6. Februar bis Mittwoch, den 13. Februar d. J.

Noch nie dagewesene Gelegenheit zum Einkauf von sämtlichen Weißwaren und ausländischer Wäsche, Mako in Qualität Kristall, zu außergewöhnlich niedrigen u. wirklich billigen Preisen, die bereits 30 Prozent Ermäßigung erreichen, und zwar:

Handtuchstoffe v. 1680 000 pro Mtr.

Rohleinen von . . 1550 000 . .

Leinwand von . . 1500 000 . .

Barchend für Hemden v. 1450 000 pro Mtr.

Bettleinwand von 1850 000 . .

Partie Tuch von . 7500 000 . .

Das geehrte Publikum wird sich sicherlich fragen, weshalb wir so billig verkaufen können? Einfach deshalb, weil wir einen günstigen Augenblick ausnutzen und außergewöhnlich günstige Einkäufe in ausländischer Valuta tätigten, so daß wir gegenwärtig infolge des Kurssturzes derselben in der Lage sind, derartig billig zu verkaufen. Fertige Winterkonfektion und sämtliche Winterwaren geben wir infolge der für diese Waren zu Ende gehenden Saison im Laufe der Weissen Woche zum Einkaufspreise ab. Ferner empfehlen wir unsere unter der Leitung eines erstklassigen Fachmannes stehende Massabteilung (während der Weissen Woche) zu ermässigten Preisen.

1510

Infolge derart niedriger Preise macht sich auch eine weite Reise bezahlt.

Achtung!

Bracia Karwasz, Chełmno

Grudziądzka 16,

Weißwaren-, Konfektions-, Kurzwaren- und Hutgeschäft

Grudziądzka 16.

Letzte 4 Tage der außergewöhnlichen Kauf-Gelegenheit in Bydgoscz

Großer Inventur-Ausverkauf

Nur 4 Tage 20 % Rabatt.
Kein Kaufzwang.

Bitte sich von meinen ausnahmsweise niedrigen
und konkurrenzlosen Preisen zu überzeugen.

Nur 4 Tage 20 % Rabatt.
Kein Kaufzwang.

Magazyn bławatów Jan Habich

Telefon 4-18.

Mostowa (Brückenstraße) 4.

Telefon 4-18.

Ankauf von Rohwolle jeden Quantums gegen Barzahlung zu den höchsten Tagespreisen
oder Umtausch von Rohwolle gegen gesponnenes Wollgarn in den verschiedensten Gattungen und Farben.

Hufeisen

Pos. pr. kg 1100 000 Mtr. Oberschlesische pr. kg
1660 000 Mtr. 1494

Stollen Nr. 8 120 000 pr. Stück

Hufnägel Nr. 7—9 14 000 pr. Stück

Benzli Schare

und Streichbretter pr. kg

Stabeisen pr. kg 640 000 Mtr.

Häckelmesser und Rüben-

Schneidermesser u. Tollen

Zint-, Eisen- u. Stahlbleche

offeriere weit unter Konkurrenzpreisen

J. Rytlewski,
Swiecie am Bahnhof, Telefon 88.

Heute
Wurst- und Eisbein-Essen
wozu ergebnist einladet
Muß, Pomorska 44.

Bromberger Wirtschaftsverein.

Generalversammlung
Freitag, den 15. Februar 1924, abends 7 Uhr
im Civil-Casino, Danzigerstr. Nr. 160a.
Tagesordnung. 1. Antrag auf Anschluß an eine
andere Genossenschaft. 2. Antrag des Vorstandes
auf Erhöhung der Geschäftsanteile und
entsprechende Satzungsänderung. 3. Geschäftsführer
Mitglied ist mitzubringen. Der Aufsichtsrat.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz 2. a.
Freitag, d. 8. Februar,
abends 8 Uhr:
Hammer aus Liebe
Operette
von Walter Roll,
Muß 1507
von W. v. Winterfeld.
Sonntag, d. 10. Febr.,
abends 8 Uhr:
Auf viel. Munich eine
nochmal. letzte Wieder-
holung!

Das Krokodil

Satirischer Schwank
von Karl Streder.

Spedycja Bydgoska

Tel. 1787 ul. Warszawska 17 Tel. 1787

stellt Gespanne

zu jeder Tageszeit

zu konkurrenzlosen Preisen.

Kaufmännische Drucksachen

in polnischer und deutscher Sprache

als:

Briefbogen :: Mittellungen

:: Kuverte :: Rechnungen ::

Geschäftskarten :: Preislisten

usw. usw.

Befort in sauberster Ausführung.

A. Dittmann,
G. m. b. H.

Im Auftrage des Organisations-Komitees nehmen wir

Zeichnungen auf Aktien

BANK POLSKI

der

Bank M. Stadthagen Tow. Akc.

entgegen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. Februar.

Heraussetzung der deutschen Sichtvermerksgebühren für Polen.

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet: Die polnische Regierung hat seit dem 15. Januar 1924 ihre Gebühren für das Versenden deutscher Reisepässer ohne ersichtlichen Grund erhöht. Für den Sichtvermerk werden erhoben: bei einer einmaligen Einreise 50 Goldmark, bei einer einmaligen Einreise und Rückreise 100 Goldmark, bei einer einmaligen Durchreise 50 Goldmark; Durchreise und zurück 100 Goldmark; Reise nach Danzig 50 Goldmark, Hin- und Rückreise nach Danzig 100 Goldmark (bei Berührung polnischen Gebietes).

Aus Gegenseitigkeit hat die deutsche Regierung sich genötigt gesehen, auch die deutschen Sichtvermerksgebühren für Polen entsprechend heraufzusetzen.

§ Großpolnische Landwirtschaftskammer. Der Vorschlag für den Haushaltssplan des Jahres 1924 ist in Goldfranken ausgedrückt. Der Fehlbetrag wird zu einem Drittel aus eigenen Einkünften bestritten, die beiden anderen Drittel werden aus einer dreiprozentigen Steuer von den Kataster-Reineinnahmen gebildet. Dabei wird der alte "Taler" als Gleichwert von vier Goldfranken angesehen. Auf einen Magdeburgischen Morgen Posener Landes entfallen danach 0,08 Goldfranken als Abgabe für die Landwirtschaftskammer.

* Kostenlose Anleihe für Staatsbeamte. Gemäß dem Gesetz betreffend Staatsbeamtenbeförderung und auf Grund eines Rundschreibens des Ministerrates vom 21. Januar d. J. ist zur Erteilung einer kostenlosen Anleihe von mehr als dem Betrage von zwei Monatsgehältern in jedem Fall die vorherige Einwilligung des Finanzministeriums nötig. Solche Anleihen dürfen kontraktlich verpflichteten Kräften (mit den vorgesehenen Ausnahmen) nicht erteilt werden. Ebenso dürfen keine provisorisch angestellten Staatsbeamten diese Anleihen erhalten, wie z. B. Praktikanten, Richteramtskandidaten. Eine kostenlose Anleihe ist nur im Falle von Krankheit des Betreffenden oder seiner Familienangehörigen gestattet und eventuell bei Todesfall für Begräbniskosten.

Die Einwohnerzahl Brombergs betrug am 30. September 1921: 89 282 Seelen. Nach der Zählung des statistischen Amtes vom 1. Januar 1924 hatte die Stadt 100 888 Einwohner. Die Zahl der deutschen Bewohner hat sich nach den Angaben des statistischen Amtes in der genannten Zeit von 24 874 auf 15 748 verminderd. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung nimmt dauernd ab.

§ Gebühr für Namenswechsel. Die neue, erhöhte Gebühr für einen Namenswechsel wird 270 Millionen betragen.

§ Neue Briefmarken. Die Generaldirektion der Posten und Telegraphen hat, wie die "PAT" (amtliche Telegraphenagentur) meldet, neue Briefmarken zu 20 000, 80 000, 50 000, 100 000, 200 000 und 300 000 Mark herausgegeben. In den aller nächsten Tagen erscheinen auch Briefmarken zu 500 000, einer und zwei Millionen Mark.

§ Das Eis auf der Weichsel ist infolge der wärmeren Witterung der letzten Zeit so morsch geworden, daß die Amtsstellen in den anliegenden Ortschaften vor dem Betreten desselben warnen.

§ Die beiden Unterhaltungsabende des Deutschen Frauenvereins am gestrigen Mittwoch im Biwakino und bei Paket erfreuten sich einer solchen Überfülle an Besuchern und eines so lebhaften Betriebes, daß ihr guter Zweck, für die Wohlfahrtseinrichtungen des Vereins größere Mittel zu erlangen, in vollstem Maße erreicht worden ist. Auf den Verlauf der Veranstaltungen kommen wir noch zurück.

§ Wertschlagsnahm wurden gestern auf dem Bahnhof 1000 Zigaretten — Danziger Ware.

§ Ermittelt und in Haft genommen wurde die Schwindlerin, die es verstanden hatte, mehrere Frauen um Millionenbeträge zu "erleichtern", unter der falschen Vorlage. Sie könne billige Lebensmittel verschaffen. Wir haben darüber bereits berichtet. Die Schwindlerin wurde gestern sozusagen auf frischer Tat ergriffen und festgenommen. Sie gestand selbst ein, die erwähnten Beträgerinnen in vier Fällen begangen zu haben. Ihren Namen gab sie als Auszugsfrau an, aber nähere Feststellungen ergaben, daß sie in Wahrheit eine gewisse Marta Nowacka ist, die übrigens der Kriminalpolizei schon von früher her bekannt war. Sie hatte nämlich schon im vorigen Jahre und vor zwei Jahren in Posen ähnliche Schändeldeleien in zahlreichen Fällen (etwa 80 mal!) verübt. Damals hatte sich herausgestellt, daß sie nicht voll zu rechtfertigen sei, und daher nach dem bekannten § 51 des Strafgesetzbuchs für ihre Taten gerichtlich nicht verantwortlich gemacht werden können. Aus denselben Gründen wurde jetzt auch hier vorläufig ihre Haftentlassung verfügt. Da anzunehmen ist, daß die N. versuchen würden, ihre "Anzählnas"-Geschäfte weiter zu betreiben, so sei nochmals eine Warnung vor der Schwindlerin gegeben.

§ Festgenommen wurden gestern sechs Sittendamen, zwei Betrunkenen und je eine Person wegen Diebstahls und Obdachlosigkeit.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Siomaranszenie Mechaników (Gastwirtverein 1885). Die Monatsversammlung findet am Freitag, den 8. d. m., 4½ Uhr nachm., im Biwakino, ul. Gdanska, statt. Um Er scheinen aller Mitglieder bittet der Vorstand. (4908)

* Birnbaum, 4. Februar. Ihr 100. Lebensjahr vollendete am Sonnabend 2. Februar die Witwe Maria Pawlownicz geb. Demke in Gralowo, Kreis Birnbaum, wo sie sich bei ihrem Schwiegersohn Nowicki immer noch fleißig wirtschaftlich betätigte.

* Nowrock, 6. Februar. Am letzten Sonntag mietete ein junger Mann bei einer an der Lucjanawstraße 15 wohnhaften Frau ein Zimmer. Er stellte sich als Reservoffizier und Freund des früheren Mietermanns der Frau vor und wurde deshalb gut aufgenommen. Wie groß war jedoch das Erstaunen der Vermieterin, als sie am nächsten Tage wahrnahm, daß ihr neuer Mieter unter Mitnahme von Gepäck ebenfalls im Werte von ca. 1½ Milliarden Mark verschwunden war.

* Kempen (Kepno), 4. Februar. Wegen Verbachts der Teilnahme am Raubmorde an dem Eigentümer Mischau aus Grüntau, Kt. Bielefeld, der, wie berichtet, vor 14 Tagen zwischen Türkow und Perschau im hiesigen Kreise ermordet und heraus aufgefunden wurde, ist ein Landwirt aus Baranowo und ein Mann von hier in Untersuchungshaft genommen worden. — Verscheinlich die polnische Grenze überschritten hatten in der Nacht zum 31. vorigen Monats zwei Deutsche mit Pferd und Schlitten. Die Reisenden wollten in ein Dorf jenseits der Grenze fahren, verirrten sich hierbei und kamen nach Treskau. Erst hier mersten sie, daß sie sich in Polen befanden. Sie meldeten sich der Polizeibehörde, wurden dann am nächsten Tage zum Starosten gebracht, der anordnete, daß die Reisenden ungestört die Rückreise nach Deutschland antreten könnten.

* Strzelno (Strzelno), 4. Februar. In der Nacht zum 1. d. M. brachen unbekannte Diebe in die Büros der hiesigen Staroste ein und stahlen zwei Schreibmaschinen sowie einen automatischen Stempel. Den Raub packten die Diebe in die Fenstervorhänge und entfernten sich.

Kleine Rundschau.

* Deutsche Kolonisationspläne. Aus Amsterdam wird berichtet, daß der Herzog Adolph von Mecklenburg, der früher Gouverneur von Deutsch-Südost war, sowie ein Herr Helfterich, ein Bruder des früheren Finanzministers der Holländischen Regierung einen Plan für die Ansiedlung einer deutschen Kolonie auf einem Teile von Holländisch-Neu-Ginea vorgelegt haben. Es würde sich um ein Gebiet von 200 000 Quadratkilometer handeln, das bekannt ist unter dem Namen des autonomen Territoriums Tidore und das eine Bevölkerung von 100 000 Menschen aufweist. Der Plan des Herzogs sieht eine Konzession für die Dauer von 75 Jahren vor. Das Gebiet ist von außerordentlicher Fruchtbarkeit und beinahe halb so groß wie ganz Deutschland. Die zu gründende Gesellschaft würde den Namen Deutsch-holländische Vereinigung für Neuguinea führen. Diese Gesellschaft würde das Monopol für den Handel, den Ackerbau, den Fischfang und den Bergbau haben. Die Gesellschaft hätte außerdem das Recht, Kulis aus den benachbarten Archipelen einzuführen, je nachdem sie weitere Arbeitskräfte benötigte. Sie würde außerdem die Gerichtsbarkeit über die Einwohner ausüben und würde die Ermächtigung erhalten, ein eigenes Polizeikorps zu bilden. Die Polizisten, die Verwalter und alle Beamten sollten Deutsche sein und unter den früheren deutschen Kolonialbeamten ausgewählt werden. Die Gesellschaft würde der autonomen Regierung von Tidore eine feste Pachtsumme und 10 Prozent ihrer Nettoeinnahmen der indisch-holländischen Regierung bezahlen.

* Von einem Tiger zerfleischt. Wie die "Neue Freie Presse" aus Rom meldet, sprang auf dem Monte Cetio während der Aufnahmen zum "Quo vadis"-Film aus der Gruppe von 12 Raubtieren, die sich in der Arena befanden, ein Tiger auf den Fallon, auf dem die Statisten standen. Der Tiger ergriff einen der Statisten und sprang mit ihm in die Arena, wo er ihn zerfleischte. Der Tiger wurde erschossen; es gelang jedoch nicht, den Statisten am Leben zu erhalten. Gegen den Regisseur wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Handels-Rundschau.

Rollabstiftung auf der Achten Deutschen Messete in Königsberg. Zur reibungslosen Abwicklung des Rollverkehrs auf der Achten Deutschen Messete, die vom 17. bis 20. Februar in Königsberg stattfindet, wird auf dem Messegelände eine liegende Rollabstiftungsstelle errichtet.

Preisrückgang in Warschau. Warschau, 5. Februar. Die Preise an der getrennten Getreidebörse gestalten sich weiter fallend. Ferner brachte die laufende Woche einen Preisrückgang bei Fleisch, dessen Bewertung sich bisher auf sehr großer Höhe gehalten hat. Wegen sehr starken Angebots fielen Schafe in ein Großhandel auf 2 400 000 Mark für das Kilogramm lebend Gewicht. In der getrennten Sitzung des Verbandes der Kolonialwarenkaufleute wurde die Herabsetzung des Preises für Butter, Mehl und Graupen jeder Art um weitere 10 Prozent beschlossen.

Zusammenschluß von Holzindustrie und Holzhandel in Danzig. Am Sonnabend hat sich ein für die Danziger Holzbranche bedeutender Zusammenschluß vollzogen: Der Zusammenschluß des Verbandes der Holzindustriellen in Danzig und Pommerellen mit der Vereinigung der Danziger Holzexporteure. Beide Gruppen bleiben auch nach der Vereinigung ihrer inneren Struktur nach in wesentlichen unverändert, erhalten aber eine einheitliche Spitze in einem gemeinsamen Vorstand, zu dessen erstem Vorsitzenden Herr Hesse, der bisherige Vorsitzende des Verbandes der Holzindustriellen gewählt wurde. Beide Gruppen werden, wie ein Redner ankündigte, auch in Zukunft getrennt marschieren, in allen grundlegenden, die Holzbranche interessierenden Fragen aber vereint schlagen".

Der polnisch-oberösterreichische Eisenabsatz nach Russland. Der polnisch-oberösterreichische Eisenabsatz nach Russland, der bisher sehr gering war, verspricht auch für die kommende Zeit keine Befriedigung, einen höheren Absatz dürfte zu erzielen, schwierigkeiten auch in der letzten Zeit an den wenig günstigen Bedingungen, die von Seiten der russischen Abnehmer gestellt werden. Speziell Stabessenaufträge, die vor dem Krieg dem oberösterreichischen Exporteur in reicher Weise zuflossen, sind bisher ganz aus Russland ausgeschlossen. Dagegen haben die östlichen Randstaaten, speziell Litauen und Estland, in letzter Zeit einige nennenswerte Aufträge bei der polnisch-oberösterreichischen Eisenindustrie erteilt.

Ein Verband der ostpreußischen Exporteure. In Königsberg fand die erste Sitzung des Verbandes der ostpreußischen Exporteure statt, zu der u. a. auch Vertreter des polnischen Generalkonsulats sowie des sowjetrussischen Konsulats in Königsberg geladen waren. Der Vertreter des polnischen Generalkonsulats, Woroniecki, hob die wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Ostpreußen und Polen hervor und gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet zur Widerlung der politischen Gegenseite beitragen werde. Der sowjetrussische Konsul Baszkiewicz bemerkte, Russland würde bestrebt sein, die Anstrengungen der Königsberger Kreise zu unterstützen, die die Abholung haben, Handelsbeziehungen mit Russland aufzufüllen, obwohl man sich andererseits keinen großen Hoffnungen hingeben sollte. Der Zweck der Tätigkeit des östlichen Verbandes ist, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ostpreußen und Polen einzurichten und Russland andererseits anzuhalten. Es haben sich über achtzig bedeutende ostpreußische Firmen in das Register des Verbandes eingetragen.

Die russische Ausfuhr von Bündholzern. In Anbetracht der erhöhten Nachfrage nach russischen Streichholzern seitens des Auslandes hat die Petersburger Streichholzfabrik "Proletarskoje Snamja" sich ganz auf die Produktion von Exportstreichholzern eingestellt, die für Amerika bestimmt sind.

Geldmarkt.

Amtlicher Valorisationswert des Goldfrankens für den 8. Februar: 1 800 000 Mp.

Warschauer Börse vom 6. Februar. Schieds- und Umsätze: Belgien 875 000—878 000, London 40 790 000—40 885 000—39 115 000, New York 9 075 000—9 150 000—9 100 000, Paris 421—419 000, Schweiz 1 592 000—1 582 500, Prag 263 750—259 250, Wien 129,00—128,00, Italien 895 500, Goldfrank. 1 800 000—Deutschland (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 100 000, franz. Franken 418 000—410 000.

Berliner Devisenkurse.

Für drückliche Auszahlungen in Mark	In Millionen		In Millionen	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1578045	1585955	1578045	1585955
Wien-M. Pf.	1389025	1398475	1376550	138450
Belgien 1 Frs.	173565	174455	173565	174435
Norwegen Kr.	567578	570422	570570	573430
Dänemark Kr.	688275	61725	688275	691725
Österreich Kr.	1102213	1117787	1103235	1108765
Finnland 1 Dfl.	106133	107767	105735	108285
Italien 1 Lire	186134	187 65	184873	185683
England Pf. St.	18154400	18245500	18084750	18145250
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
Frankreich Fr.	197705	198895	196508	197492
Schweiz 1 Fr.	737153	746847	731160	737840
Spanien 1 Pes.	542645	543355	537453	540147
Italien 1 Lira	1855375	1864625	1855375	1864625
Rio de Janeiro	488775	491225	488775	491225
Öst.-Ungarn	60.049	60.351	60.049	60.351
Prag 1 Krone	123789	124411	123991	123709
Budapestkr.	147.630	148.370	148.625	149.375

* In tausend Reichsmark.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 6. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsreiter Scheide: 100 Gulden, 1000 Gulden, 8,648 Geld, 0,652 Brief. Banknoten: 100 Molenmark 189,151 Geld, 189,849 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,678 Geld, 0,677 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,790 Geld, 5,8270 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 136,408 Geld, 137,002 Brief, New York 1 Dollar 5,790 Geld, 5,8270 Brief, Holland 100 Gulden 216,98 Geld, 218,07 Brief, Südtirol 100 Franken 100,97 Geld, 101,28 Brief, Paris 100 Franken 26,93 Geld, 27,07 Brief, Brüssel 100 Franken 23,79 Geld, 28,91 Brief.

Bürtcher Brief vom 6. Februar. (Amtlich) New York 5,74%, London 24,51%, Paris 26,61, Wien 0,0081%, Prag 16,68%, Italien 26, Belgien 28,70, Holland 215,50.

Die Bandeslebenskasse zahlte heute für Gold 2 182 000, Silber 840 000, 1 Dollar, große Scheine 9 040 000, kleine 8 949 000, Sterling 38 700 000, franz. Franken 416 000, Schweizer Franken 1 565 000, Gold, Serie 2 1 450 000.

Produktionsmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit v. 4. Februar bis 6. Februar. (Großhandelspreise für 100 Kilo.) Weizen 24 000 000—27 000 000 M., Roggen 14 000 000—15 000 000 M., Braunerde 16 000 000—17 500 000 M., Futtergerste 16 000 000 bis —, Markt, Braunerde 16 000 000—17 500 000 M., Futterberlein 20 000 000—25 000 000 M., Markt, Weizenberlein 46 000 000—50 000 000 M., Hafer 15 000 000 bis 17 500 000 M., Futterkartoffeln 4 000 000 M., Weizenmehl 70%, (incl. Sad) 52 0

Wir empfehlen unserer werten Kundschaft in den

Letzten drei Tagen der Weissen Woche

ihre Ergänzungen in sämtlichen Weißwaren und Tischzeugen zu treffen,
da die Gelegenheit als einzige günstige empfohlen wird.

Chudziński & Maciejewski

Gdańska-Dworcowa.

Wir haben unsere Anwaltsbüros vereinigt,
dieselben befinden sich in

Bydgoszcz, Nowy Rynek 11.

Die Rechtsanwälte

Dr. Bandel.

Sioda.

Ebdort befindet sich auch seit dem
15. Januar 1924 meine Notariatskanzlei.

Sioda, Rechtsanwalt und Notar.

4978

Achtung Holzhändler!

Verbliebenes Schnittmaterial,
geschnittenes und gebeilt.

Kantholz,

unbesäumte und besäumte

Bretter;

20, 26, 33 und 50 mm, 3-6 m lang, ferner
eine kleine Partie Kurzware
wird am Sonnabend, den 9., von 3rd Uhr ab, dem Meistbietenden
verkauft, auf eigenem Lagerplatz, Bocianowo 6. Frühere Aus-
läufe Hotel Victoria 15, von 3-5 Uhr nachmittags.

Bitte ausschneiden! Bitte ausschneiden!

Auskunft

und Rat in allen polizeilichen, Verwaltungs- und gerichtl. Sachen, Hypotheken- und Erbschaftsregulierungen, Bausachen, Unfieder- u. Staatsangehörigkeitsfragen, Gemeinde- und Steuersachen auf Grund langjährig, prakt. Erfahrungen, Anfertigung von Gehuchen, Beschwerden und Schriftstücken jeglich. Art. Unlegung und Prüfung landw. u. laufm. Bücher. Inventuraufnahmen. Lieferungen:

Vollständig in Deutsch und umgekehrt.

Einziehung von Forderungen, Klage- und Streitischen, Vertretung vor Gericht

und Streitischen, Vertretung vor Gericht
meiner Sozius, welcher polnischer Staatsbürger und poln. Nationalität ist.

Vertretung der Mieter bezw. Haus-

bewohner in Klage- und Streitischen vor

dem Mieteingangsamt.

Ausfüllung der Formulare für die

Bermögenssteuer.

Droese, Kreisselar a. D.,

Bydgoszcz, ul. Iduna (Töpferstr.) 7, I. r.

Sprechstunden: 9-12 und 2-4.



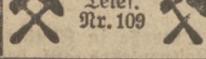
Salon-Briketts

eingetroffen
u. offeriere dieselben
zu bill. Tagespreisen

August Uppelt,

Brenn- und
Baumaterialien,
Naruszewicza 5.

Telef. Nr. 109



Steinkohlen,

Oberschl. u. Dąbrow.
Schmiedekohlen,
Hüttenlohs

empfiehlt waggonweis.
Carl Feuerabend

Pomorska 38

626 Tel. 65. Gegr. 1869.



Eisenfässer

aller Größen, in
guter Ausführung,
liefern preiswert

G. O. Kahn,
Maschinen-Fabrik,
Lodz, 1501

Zgierska 56.

Wir empfehlen:

waggonweise u. in kleineren Quanten
ab Speicher an der

ul. Hermana Frankego 10

Telefon 1324

gegen Barzahlung und in Umtausch
gegen Getreide:

Rainit

Innländisch. Kalisalz

Deutsches Kalisalz

40 %

Thomasmehl

Superphosphat

Chilesalpeter

Norgesalpeter

ferner:

Leinluchen

Napsluchen

Roggenfleie

Häfer usw.

Kaufen:

Jedes Quantum aller Art
Getreide und Saaten.

Centrala Rolników

Tow. Akc.

Filiale in Bydgoszcz.

Telefon 336, 1326, 1337. 1508

Telegramm-Adresse: "Centrum".

RUDOLF HALLMICH
Kostüm-Maß-Geschäft

Bydgoszcz, Gdańsk 154 1293 Tel. 1385

Größte Auswahl in neuesten
Modellen, Stoffen u. Seiden.

Wir verkaufen

Oberschlesische Kohle und Briketts

ab Lager franko engros und detail
zu sehr angemessenen Preisen.

"Petow" Polskie Towarzystwo Węglowe

Sp. z o. o. d.

ul. Świecka. Büro ul. Dworcowa 66.

Telefon 912.

Oberschlesischen
Hütten-Röts

in allen Sortierungen ab Werk und ab Bahn-
lager Bydgoszcz, liefern waggonweise sowie in
kleineren Mengen, zu günstigen Preisen.

Schlaak & Dąbrowski,

Sp. z o. o.

Tel. 1923. Marcinkowskiego 8a. Tel. 1923.

Ich nehme hierdurch
d. im November 1922
geäußerte
Vereidigung
gegen Fräulein Alma
und erkläre, daß meine
Behauptungen auf Un-
wahrheit beruhen.
Alwine Ganer.

Seiden- und Wollstoff-Geschäft

,NOUVEAUTÉS"

W. Leszewicz

Bydgoszcz, ulica Gdańsk 163

Hotel pod Orłem.

Nie dagewesene Gelegenheit!

Um 50% ist der valorisierte Zoll auf Seiden erhöht worden.
Da ich jedoch im Besitze großer Vorräte vorher schon ver-
zollter Seiden bin, verkaufe ich billigst

SEIDEN-STOFFE

... zu Ball- und Gesellschafts-Kleidern ...

Nie dagewesene Gelegenheit!

Seiden- und Wollstoff-Geschäft
,NOUVEAUTÉS"

W. Leszewicz

Bydgoszcz, ulica Gdańsk 163

Hotel pod Orłem.